

UNIA

Jacqueline Badran

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

62,7% Nein: Volk bodigt Steuergeschenk für Konzerne. Seiten 2+7



Von Erlinsbach nach Berlin

Die neue deutsche Frau fürs Klima und die Schweiz. Seite 9

Riesenkrach bei den Baumeistern

Heftiger Widerstand gegen die Hardliner an der Spitze. Seite 6

AHV: Es ist genug Geld da!

Aufbruch statt Abbau: Neue SGB-Initiative kommt, Referendum läuft super. Seite 6

Die kaputten Staaten von Amerika

Trump ist weg, seine Krise bleibt – über bröckelnde Brücken & bürgerkriegsartige Rechte. Seiten 10–11

Arbeitszeitverkürzung

Nägel mit Köpfen

Schweizerische Nagelfabrik macht es seit Jahren vor. +++ Die Unia geht in die Offensive. +++ Die Geschichte der Arbeitszeitverkürzungen. Seiten 3–5



workedito
Marie-Josée Kuhn

ZUCKER UND ZUNDER

Mit ein bisschen Zucker drauf oder Butter geht alles gleich besser runter. Das weiss die Volksweisheit. Und hilft auch der Politik. Komplizierte Stempelsteuer? Trockene Alpeninitiative? Mit Jacqueline Badran oder Hansruedi Stadler rutschen beide Vorlagen gut: Nein zur Stempelsteuer! Und Ja zur Alpeninitiative! Zwei Siege für Rot-Grün. Zwei Siege einer Politik mit Gesicht. Letzterer war

Siege einer Politik mit Gesicht.

1994 und kam überraschend. Befördert hatte ihn CVP-Landammann Stadler. In der Politsendung «Arena» auf SRF

drehte der Ürner zum humorigen Volkshelden auf. Und versprach, öffentlich zu «Zoge am Boge de Landamme tanzed» zu tanzen. Wenn das Volk die Alpeninitiative annehmen würde. Es tat es – und er auch. Plötzlich hatte Politik eine Melodie erhalten und ein Gesicht. Und ebenso war es jetzt bei der Stempelsteuer.

TRÄNEN. Sie trug das Gesicht von SP-Politikerin Jacky-Hope-Badran. Wie eine Tigerin kämpfte diese gegen den bürgerlichen «Steuer-Bschiss!». Und hantierte im Erklär-Video sogar mit einer Salami. Um die Salamitaktik der Rechten bei den Steuergeschenken an die Reichen zu visualisieren. Hielt dann die Scheibe in die Kamera und sagte: «Hallo, ihr Liebe: und drum müend ali Näi stimme am 13. Februar!» Und es klappte: Mit 62,67 Prozent kübelte das Volk den «Bschiss» mitsamt seinem feurigsten Verfechter, SVP-Finanzminister Ueli Maurer.

Das ist ein grosser und wichtiger Sieg für die Linken und Gewerkschaften, wie work-Autor Clemens Studer analysiert (Seite 7). Und er wird immer mit dem Bild der weinenden Siegerin Badran verknüpft sein. Obwohl die Tränen nicht nur Freuden-, sondern auch Erschöpfungstränen waren. Jacqueline-Dampf-in-allen-Gassen muss sich nun eine politische Auszeit nehmen. Ihr Hausarzt hat's verordnet. Immer voll Salz geben und buttern, das zehrt an den stärksten Nerven.

UNTERSTÜTZUNG. Das hat auch Greta Thunberg erfahren, das Gesicht der globalen Klimabewegung Fridays for Future (FFF). Besser gesagt: deren Ikone. Sie brachte weltweit Millionen gegen Politikversagen und Umweltverbrechen auf die Strassen. Während der Pandemie wurde es dann etwas ruhiger um die schwedische Aktivistin mit den Zöpfen. Doch sie schulstreikt weiter. Und erhält jetzt unerwartet prominente Unterstützung aus Berlin. Von Jennifer Morgan, der obersten Co-Chefin von Greenpeace International. Die Klimakämpferin wird Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im deutschen Auswärtigen Amt. Es ist ein grüner Super-Coup, wie work zeigt (Seite 9). Und wir fragen uns: Wie viel klimapolitischen Zucker und Zunder wird Morgan bald schon der solarfaulen Schweiz servieren? work bleibt dran und gesalzen.

Corona-Schutzmassnahmen per sofort abgeschafft Bundesrat beschliesst: Die Seuche ist vorbei

Der Bundesrat hat entschieden: Corona ist Vergangenheit. Ob das Virus auf ihn hört, bleibt offen.

CLEMENS STUDER

Mittwoch, 16. Februar. Das Bundesamt für Gesundheit meldet 21 032 neue Coronafälle und 10 neue Tote. 75 611 Menschen wurden getestet. Die Positivitätsrate lag bei 27,8 Prozent. Eine Pandemie ist im Griff, wenn diese Rate bei 5 Prozent oder darunter liegt. Sagt die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Der Schweizer Bundesrat sagt: WHO who? WHO wer? Und schafft alle Massnahmen zur Pandemiebekämpfung ab. Die meisten ab Mittwoch Mitternacht.

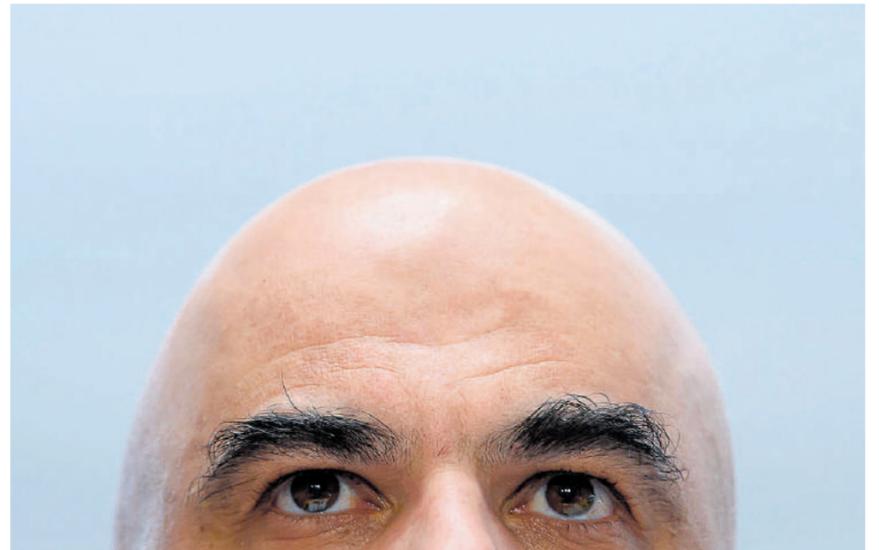
Bundesrat überlässt Risikopatienten und Chronisch-krankte sich selber.

Konkret:

- Keine Masken und kein Zertifikat mehr in Läden, Restaurants, Kulturbetrieben und öffentlich zugänglichen Einrichtungen. Und Veranstaltungen wieder ohne Maske und Zertifikat zugänglich.
- Homeoffice-Empfehlung weg, Masken im Job auch.
- Grossveranstaltungen wieder ohne Covid-Sicherheitskonzept.
- Bis Ende März gilt noch eine Maskenpflicht im ÖV und in Gesundheitseinrichtungen.
- Ab Ende März müssen positiv Getestete nicht mehr in Isolation. Konkret: Sie können sich maskenlos und ansteckend frei bewegen.
- Die wissenschaftliche Taskforce wird aufgelöst (bis Ende März darf sie noch aufräumen).

FERTIG RÜCKSICHT

Die Schweiz hat Erfahrungen mit Haurucköffnungen. Es sind keine guten. Generell ist die Schweiz bei der Seuchenbekämpfung immer einen Büsi-Kurs gefahren. 2020 und 2021 wurde rasch gelockert und zu spät auf die neuen Wellen reagiert. Im Zweifel entschieden sich Bund und Kantone immer für mehr Kranke und Tote und gegen Pandemiebekämpfungsmassnahmen. Trotzdem jammernten Gewerbe- und Wirtverbände in Dauerschleife: «Schwerpunkt völlig einseitig auf der Volksgesundheit.»



BYE, BYE, MASKE: Der Bundesrat (hier Gesundheitsminister Alain Berset) hat am Mittwoch die meisten Schutzmassnahmen aufgehoben. Gleichentags gemeldete neue Fälle: 21 032. FOTO: KEYSTONE

Mit der Rücksichtnahme auf die Gesundheit macht jetzt der Bundesrat definitiv Schluss. Schon seit Monaten fahren die Behörden einen nicht deklarierten Durchseuchungskurs. Zuerst an den Schulen, dann in der ganzen Gesellschaft. Die daraus resultierenden Hunderttausende von Omikron-Ansteckungen dienen jetzt als Argument, die Massnahmen abzuschaffen. Obwohl es völlig offen ist, ob Infektionen mit Omikron auch vor der Infektion mit anderen Covid-Varianten schützen. Und ohne Ahnung, was das für die Entwicklung der Long-Covid-Erkrankungen bedeutet. Die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände sind begeistert vom Bundesratskurs. Und fordern Rache an der Wissenschaft.

«EIGENVERANTWORTUNG»

Noch sind längst nicht alle Lehren aus der Pandemie gezogen. Und es ist anzunehmen, dass das Virus noch ein paar Überraschungen auf Lager hat. Eines haben aber die vergangenen Seuchen-Monate gezeigt: Eigenverantwortlich andere zu schützen funktioniert im Zweifel nicht. Das bedeutet für die Risikopatientinnen und -patienten und die Chronischkranken in diesem Land ab sofort: Sie sind sich selber überlassen, sofern sie nicht

Was gilt im Job? Die Unia weiss Rat!

Kann mir meine Chefin das Maskentragen verbieten? Muss ich zur Arbeit, wenn mein Kind Covid hat und in Quarantäne ist? Die Haurucköffnung bringt für Arbeitende viele neue Fragen. Was gilt und was Ihre Rechte sind, weiss das regionale Unia-Sekretariat. Unzählige Fragen beantwortet die Unia auch online in ihrem Corona-FAQ: rebrand.ly/unia-corona.

in einem Heim leben oder im Spital liegen. Oder, wie es FDP-Bundespräsident Ignazio Cassis ausdrückt: «Diese Menschen gab es vor der Pandemie, während der Pandemie, und es gibt sie auch nach der Pandemie. Sie können nicht dauerhaft durch kollektive Massnahmen geschützt werden.»

Anders sieht das SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer: «Aus Rücksicht auf vulnerable Personen hätte die Maskenpflicht in Einkaufsläden beibehalten werden sollen, insbesondere solange die Fallzahlen so hoch sind. Zudem sind auch die Arbeitgeber weiterhin verpflichtet, ihren Schutz zu gewährleisten.»

Westschweiz: Angestellte von McDonald's erkämpft sensationelles Urteil Heirat darf keine Karrierekillerin sein

Eine Mitarbeiterin von McDonald's, der als Frau die Beförderung verweigert wurde, wehrte sich gegen Diskriminierung – und gewinnt.

RALPH HUG

Auch in Marin am Neuenburgersee gibt's einen McDonald's. Wie so manche im Franchising-System. Die Pächterin hatte bereits mehrere Restaurants von McDonald's in der Gegend übernommen. Die Ge-

Das Gericht sah das Gleichstellungsgesetz klar verletzt.

rantin des fraglichen Betriebs versprach einer Angestellten – nennen wir sie Paula – eine Beförderung. Paula arbeitete schon seit 2017 im Betrieb und bewarb sich um die Stelle als Managerin. In den Gesprächen mit der Gerantin und auch mit dem Pächter des Restaurants sah es gut aus. Die

Beförderung war ihr so gut wie versprochen. Paula war tüchtig und motiviert, auch kannte sie den Laden bestens. Bis sie in einem der Gespräche in einem Nebenatz fallenliess, sie werde bald einmal heiraten. Das war Anfang 2020, und Paula war damals 22 Jahre alt.

KALTSCHNÄUZIG. Da änderte sich plötzlich alles. Paula erhielt die Stelle nicht. Sie verlangte eine Erklärung. Die Antwort der Gerantin: Der Patron befürchte, dass sie bald schwanger werde, wenn sie heirate. Und fügte bei: «Wenn du ein Mann wärst, hätten wir dieses Gespräch nicht führen müssen.» Paula gab nicht klein bei und verlangte vom Chef eine Stellungnahme. Dieser stritt ab, man habe ihr je eine Beförderung versprochen. Er habe auch keine Beförderung widerrufen. Und die Gerantin meinte, sie habe sich nie diskriminierend ge-



FOTO: ZVG / MONTAGE: WORK

äussert. Paula hatte nun die Nase voll und hängte den Job an den Nagel. Doch sie wollte diese kaltschnäuzige Behandlung nicht auf sich sitzen lassen. Und reichte mit Hilfe der Unia Klage wegen Verletzung des Gleichstellungsgesetzes ein. Denn sie hatte ja die Kaderstelle nur deshalb nicht erhalten, weil sie eine Frau war.

SCHWERWIEGEND. Mit Erfolg! Das Regionalgericht Littoral et Val-de-Travers erkannte

eine geschlechtsbedingte Diskriminierung. Die Äusserungen der Gerantin seien diskriminierend gewesen. Ihr Verhalten wiege schwer und rechtfertige eine Genugtuung. Das Gericht verdonnerte die Fehlbare zu einer Entschädigung von rund 6000 Franken. Auch muss sie die Anwaltskosten berappen. Nicht das Geld sei ihr wichtig gewesen, sagte Paula im Anschluss, sondern dass die Diskriminierung anerkannt werde.

Die Gleichstellungsauftragte der Unia, Aude Spang, würdigt das Urteil als äusserst wichtig: «Es verleiht allen Frauen eine Stimme, die einer Diskriminierung oft hilflos gegenüberstehen und nicht die Kraft und den Mut haben, sich zu wehren.» Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Arbeitszeitverkürzung: 4-Tage-Woche bei vollem Lohn

Die Winterthurer «Nagli» zeigt, wie es geht!

Was andere erst zaghaft diskutieren, hat die Schweizerische Nagelfabrik AG in Winterthur längst umgesetzt: die Arbeitszeit verkürzt! Und das ist nicht die einzige Pioniertat der «Nagli».

JONAS KOMPOSCH | FOTOS NICOLAS ZONVI

Alle Handwerkerinnen und Handwerker kennen sie: die Nägel der Marke «Schweizer Stifte». Auf Baustellen und in Werkstätten sind sie seit Generationen omnipräsent. Ebenso die dazugehörigen Kartonschachteln mit dem roten Nagel-Logo und dem Schweizerkreuz. Viel weniger bekannt ist die Herstellerin dieser Qualitätsprodukte: die Schweizerische Nagelfabrik AG in Winterthur, bei Einheimischen liebevoll «Nagli» genannt.

Das dürfte sich ändern. Denn trotz ihrem Methusalem-Alder von 126 Jahren ist die «Nagli» der Zeit voraus. Sie hat längst umgesetzt, worüber jetzt immer mehr Start-ups, Konzerne und sogar Landesregierungen diskutieren: die Reduktion der Arbeitszeit von 5 auf 4 Tage – und zwar ohne jede Lohnbusse! Wie hat die «Nagli» das bloss geschafft?

Wer die unscheinbare Fabrik betritt, fühlt sich in schwerindustrielle Vorzeiten geworfen. Maschinen rattern im Rhythmus. Es riecht nach Öl und Maschinenfett. Auch eine Note Petroleum hängt in der Luft. Sie stammt aus der Putzerei, wo die fertigen Eisenprodukte mit dem Brennstoff und Sägemehl aufpoliert werden. Seit 1895 werden hier bereits Nägel und Agraffen geschmiedet. Nicht mit Hammer und Amboss, sondern mit Hilfe von 30 halbautomatischen Drahtstift-Maschinen. Neu ist keine von ihnen. Fünf sogenannte Vertikalstift-Schlagmaschinen sind sogar antik. Die rund hundertjährigen Kolosse, angetrieben durch lederne Transmissionsriemen, stehen denn auch bloss zu Demonstrationzwecken da. Sie sind denkmalgeschützt. Ebenso die Bausubstanz dieser einzigen Schweizer Nagelfabrik, die nicht vor der ausländischen Billigkonkurrenz kapituliert hat. Modern hingegen ist ihre Betriebsstruktur.

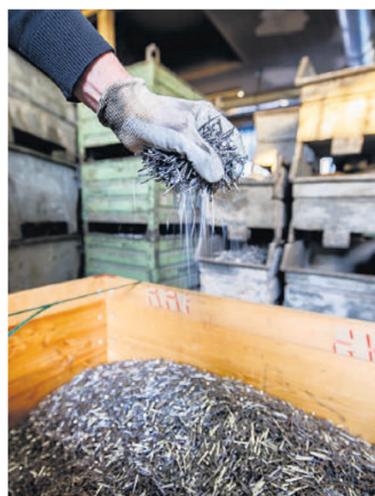
FABRIK OHNE CHEF

Statt «flacher Hierarchien», wie sie gerade in Mode sind, kennt die «Nagli» gar keine Hierarchie mehr: Schon seit 2013 herrscht hier Arbeitendenselbstverwaltung. Produktionsleiter Milan Matic (45) erklärt: «Bei uns haben alle gleich viel zu sagen, und wir beschliessen sämtliche Belange des Geschäfts gemeinsam.» Eine Fabrik ohne Chef? Das funktioniert bestens, aber es funktioniert nicht von heute auf morgen. Matic: «Es braucht schon ein eingeschwistes Team.» Aktuell besteht die Belegschaft aus fünf Männern und einer Frau. Wichtig sei ausserdem, dass das Fachwissen im Betrieb ständig weitergegeben werde. «Damit wir uns notfalls ersetzen können», erklärt Matic.

Mitverantwortlich für diesen cheflosen Zustand ist ausgerechnet der frühere Geschäftsführer Rainer Thomann (66). Er ist heute pensioniert, warf aber schon früh die Frage nach seiner Nachfolge auf: «Wir hatten damals gerechnet und beschlossen, meinen Posten nicht neu zu besetzen, weil kostspielig.» Zwei Glücksfälle hät-



NÄGEL MIT KÖPFEN: Die «Nagli»-Büezer lassen sich den Produktivitätsgewinn als Freizeit «ausbezahlen». Seit 2016 arbeiten sie statt 42 nur noch 34 Stunden pro Woche. Ohne Lohnkürzung. Im Bild von rechts nach links: Arif Özer, Zeljo Milicevic, Rainer Thomann, Milan Matic und Gezim Hajdari.



SPITZE: Die «Schweizer Stifte» aus Winterthur sind legendäre Qualitätsarbeit.



DENKMÄLER: Die fünf Vertikalstift-Schlagmaschinen sind rund hundertjährig und stehen unter Denkmalschutz.



HISTORISCH: Das 110-Jahre-Jubiläum ist auch schon wieder 16 Jahre her.

ten dies ermöglicht: «Erstens konnten wir auf ein eingespieltes, junges Team zählen, das die Fähigkeiten der Geschäftsführung schon weitgehend besass oder noch entwickeln konnte. Und zweitens war Heinz Gratwohl mit diesem Experiment einverstanden.»

PATRON ALS GLÜCKSFALL

Heinz Gratwohl, ein gelernter Maschinenschlosser, war damals der Eigentümer der «Nagli». Der heutige Produktionsleiter Matic hat ihn in bester Erinnerung: «Das war ein super Patron, der überall selbst Hand anlegte und für uns wie ein guter Kollege war.» Thomann rühmt ebenfalls: «Im Herzen war Gratwohl immer Arbeiter geblieben.» Das zeigte sich auch 2016, als in der «Nagli» eine kühne Idee gereift war. Dazu Maschinist Zeljo Milicevic (33): «Wir realisierten, dass wir produktiver geworden waren und für das

Bestellvolumen keine fünf Arbeitstage mehr benötigten.» Und weil künftig kein Geschäftsführerlohn mehr zu befragen war, hätten sich ganz neue Möglichkeiten aufgetan. Die Konsequenzen daraus zog die Belegschaft an ihrer Versammlung vom 24. März 2016. Sie beschloss einstimmig: Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 42 auf 34 Stunden. Das habe Eigentümer Gratwohl zwar überrascht, sagt Rainer Thomann. Doch auch hier brachte dieser dem Team grosses Vertrauen entgegen. Genau wie 2019, beim Gschtürm mit den Banken.

GUTE LÖHNE, HOHE PRÄMIEN

Die Belegschaft hatte damals bereits die «Genossenschaft zur Erhaltung der Nagelfabrikation in Winterthur» gegründet und war auf der Suche nach einem Bankkredit für die endgültige Fabrikübernahme. Das entsprach auch

dem Wunsch von Eigentümer Gratwohl. Die Banken aber zierten sich. Dabei war die «Nagli» profitabel und schuldenfrei. Und sie hatte mit ihren Spezialanfertigungen sogar im nahen Ausland Kunden gefunden, darunter

«Wir waren produktiver geworden und benötigten keine fünf Arbeitstage mehr.»

MASCHINIST ZELJO MILICEVIC

solche der Automobilindustrie. Es nützte nichts. Da erwies sich Gratwohl als Retter in der Not. Er erklärte sich bereit, den gesamten Kaufpreis vorzufinanzieren. Seither gehört die Schweizerische Nagelfabrik AG der Genossenschaft. Bereuen muss das Gratwohl keineswegs. Denn die «Nagli»-Mitarbeitenden wirtschaften mit beträchtlichem

Erfolg: So können sie sich jedes Jahr 13 Mal über 5000 Franken auszahlen – und dies trotz dem Schuldendienst, den sie leisten müssen. Hinzu kommt eine Jahresendprämie, deren Höhe jeweils von der Belegschaft beschlossen wird. Bei Krankheit oder Unfall beträgt die Lohnfortzahlung 100 Prozent. Und einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub leistet man sich schon seit 2015.

Und dann die 4-Tage-Woche! Ob diese für das Geschäft ein Kostenpunkt ist oder im Gegenteil ein Umsatz-Booster, geht aus den Zahlen nicht hervor. Doch für «Nagli»-Logistiker Arif Özer (37) steht fest: «Wir sind erneut effizienter geworden!» Der Grund liege im Psychologischen: «Wenn du am Arbeitsplatz zufrieden bist und auch für die Familie genug Zeit hast, ist einfach viel mehr möglich.» Seine Kollegen nicken. Dann schlägt es viertel vor fünf: Es ist Feierabend in der «Nagli».



Die Schweiz hinkt bei der Arbeitszeitverkürzung hinterher

Wir sind Europameisterin im Chrampfen

Wir arbeiten am längsten in Europa. Muss das sein? Nein, schliesslich steigt die Produktivität. Und von der sollen alle etwas haben.

RALPH HUG
Schon längst gilt bei unseren Nachbarn Deutschland und Frankreich die 35-Stunden-Woche. Und in Österreich wird gerade dafür gestreikt. Durchschnittlich rund 37,5 Stunden arbeiten sie auch in Dänemark und Norwegen. Nur die Schweiz lässt nach wie vor 41 Stunden arbeiten, das ist die Normalarbeitszeit bei Vollzeitarbeitenden. Wir chrampfen europaweit am längsten, noch vor Island und Rumänien. Zwar liegen wir rein statistisch mit durchschnittlich 36,5 Stunden pro erwerbstitel Person plötzlich wieder vorne. Aber nur, weil hier überdurchschnittlich viele Menschen Teilzeit arbeiten, vor allem Frauen.

STAGNATION SEIT 2002
Zwischen 1973 und 2003 sank die Normalarbeitszeit kontinuierlich (siehe Timeline unten), in Zahlen: von 45,1 auf 41,7 Stunden. 2002 verwarf das Volk die Initiative des Gewerkschaftsbunds (SGB) für eine 36-Stunden-Woche. Seither

stagniert die Entwicklung. In der Finanzkrise 2008 und der darauf folgenden Frankenkrisen stand die Rettung von Arbeitsplätzen im Vordergrund. Und jetzt, in der Corona-Pandemie, war der Ausbau der Kurzarbeit wichtig. Doch jetzt dreht der Wind, dank den Frauen: Sie machen Druck für kürzere Arbeitszeiten. Damit Familie und Erwerbsarbeit kompatibler werden. Das Signal am Frauenkongress des Gewerkschaftsbunds im letzten November war unmissverständlich: «Die 35-Stunden-Woche muss her, ohne

Arbeitszeitverkürzung muss mit vollem Lohnausgleich einhergehen.

Lohnenbussen und ohne intensivierte Arbeit!
Eine bessere Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern verlangt auch Unia-Chefin Vania Alleva (siehe Interview rechts). Und SP-Politikerin Tamara Funicello hat im Nationalrat eine Motion eingereicht, die die Einführung der 35-Stunden-Woche verlangt. Aber nicht sofort, sondern abgestuft in zehn Jahren, mit vollem Lohnausgleich für tiefe und mittlere Löhne. Wie viele Frauen ist Funicello überzeugt: «Das würde für die Gleichstellung der Geschlechter sorgen.»

Das schiefe Verhältnis von Erwerbsarbeit (von Männern) und Care-Arbeit (von Frauen) muss ins Lot kommen, damit die Sorgearbeit zu Hause nicht nur an den Frauen hängenbleibt. Und damit die Gleichberechtigung endlich verwirklicht, spricht die Benachteiligung der Frauen im Erwerbsleben behoben wird.

RICHTIG VERKÜRZEN
Kürzere Arbeitszeiten bringen neben mehr Gesundheit, mehr Zeit für die Familie und mehr Lebensqualität auch mehr Stellen. Neue Arbeitsplätze. Wenn sie denn richtig durchgeführt wird. Und richtig bedeutet:

- Die Arbeitszeitverkürzung muss mit vollem Lohnausgleich einhergehen. Sonst geht sie alleine auf die Kosten der Arbeitnehmenden. Und auch mit einem Personalausgleich. Fällt nämlich der Druck auf die Arbeitgeber weg, neue Stellen zu schaffen, führen verkürzte Arbeitszeiten nur zu mehr Stress und Burnout. Dieselbe Arbeit müsste dann in kürzerer Zeit erledigt werden. Das ist nicht der Sinn der Sache.
- Gleichzeitig mit der Arbeitszeitverkürzung braucht es einen soliden Riegel gegen zu viele Überstunden. Das ist die Erfahrung aus Frankreich. Als dort Premierminister und Sozialist Lionel Jospin im Jahr 2002 die 35-Stunden-Woche dekretierte, weichten seine burger-

lichen Nachfolger das neue Regime prompt durch Ausnahmeregelungen bei den Überstunden wieder auf. Unter dem heutigen Staatspräsidenten Emmanuel Macron sind sogar Bestrebungen für eine 48-Stunden-Woche im Gange.

WER SOLL'S BEZAHLEN?
Die Arbeitgeber und die Wirtschaftslobby kämpfen mit den immergleichen Argumenten gegen eine Arbeitszeitverkürzung: Die Wettbewerbsfähigkeit sei gefährdet, man könne das nicht verkraften, verkürzte Arbeitszeiten würden zu teuer – behaupten sie. Und verschweigen, dass die Schweizer Wirtschaft seit Jahrzehnten produktiver wird. Dank den Arbeitenden. Den Profit aus dieser höheren Produktivität sollen darum nicht allein die Firmen einstreichen. Er muss an die Arbeitenden verteilt werden, die ihn erwirtschaftet haben. In Form von Lohnerhöhungen oder eben Arbeitszeitverkürzungen.

Seit einem Jahrzehnt sind die Löhne kaum gestiegen, dafür die Kapitalgewinne umso mehr. Höchste Zeit, das zu ändern. Oder haben Sie etwa gehört, dass die deutsche Maschinen- und Metallindustrie eingegangen wäre, seit sie die 35-Stunden-Woche eingeführt hat?

Reinhören: Gespräch über **Arbeitszeitverkürzung in Deutschland** mit Sophie Jänicke, IG Metall: rebrand.ly/arbeitszeit

Unia-Kongress: Chefin Vania Alleva zur Arbeitszeitverkürzung «Das ist eine Schlüsselfrage im Vert eilkampf»

Ende Februar diskutiert der Unia-Kongress auch die Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten. Das Verhältnis zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit müsse endlich verbessert werden, sagt Unia-Präsidentin Alleva.

RALPH HUG
work: Die Unia will die Arbeitszeit verkürzen. Ein Kongresspapier sieht gar die Lancierung eines Initiativprojekts vor. Warum gerade jetzt?
Vania Alleva: Der Kampf für kürzere Arbeitszeiten war für die Gewerkschaftsbewegung seit je zentral. Und das bleibt auch mit Blick auf eine sozial gerechte und nachhaltige Zukunft so: Die gerechte Verteilung von Arbeitszeit und freier Lebenszeit – und damit auch von bezahlter und unbezahlter Arbeit – ist eine gewerkschaftliche Schlüsselforderung. Ihr politischer Stellenwert kann gar nicht überschätzt werden. Aber wir diskutieren am Kongress ja auch über andere Initiativideen: über einen besseren Kündigungsschutz, über die Finanzierung des ökosozialen Umbaus und über die Idee einer Jobgarantie. Auch diese Themen sind selbstverständlich wichtig.

Wir brauchen dringend eine Verkürzung der Vollzeitpensen.
VANIA ALLEVA

Welche Idee gefällt Ihnen am besten?
Es geht hier nicht um mich. Der Kongress wird entscheiden, ob wir überhaupt ein Projekt lancieren, und wenn ja, welches. Denn ohne Risiken ist keins: Bei der Arbeitszeitverkürzung ist unklar, auf welches Modell wir uns einigen könnten. Beim Kündigungsschutz läuft bereits eine Mediation der Sozialpartner für eine Gesetzesänderung, und eine Abstimmungsniederlage könnte jeden Fortschritt blockieren. Insbesondere ein besonderer Schutz für Vertrauensleute hätte es in einer Volksabstimmung sehr schwer, so unsere Schätz-

Unia-Kongress: Vor einer Volksinitiative?

Zwei Kongresstage fanden schon letztes Jahr im Juni statt – wegen der Pandemie nur online. Jetzt steht der dritte Kongress an, diesmal live im Kongresshaus Biel. Am Samstag, 26. Februar, beschliessen die Unia-Delegierten aus den Regionen, Sektoren und Interessengruppen zusammen mit dem Zentralvorstand, ob ein Projekt für eine Volksinitiative lanciert werden soll. Und wenn ja, welches. Grundlage sind vier Positionspapiere zu den Themen Arbeitnehmerrechte, mehr Lohn und mehr Zeit, ökosozialer Umbau sowie solidarische Krisenbewältigung.

zung. Um die Finanzierung des ökosozialen Umbaus kümmern sich schon andere Gruppierungen. Und das Projekt einer Jobgarantie, die die Vollbeschäftigung sichern soll, ist praktisch noch kaum erprobt.

Überall laufen Versuche mit der 4-Tage-Erwerbsarbeits-Woche, etwa in Island oder Spanien. Und sogar der Konzern Unilever experimentiert inzwischen damit. Ist die Unia jetzt nicht etwas spät dran?

Wie gesagt, wir sind nicht erst seit kurzem aktiv in dieser Frage. Und wir erreichen auch immer wieder Verbesserungen in Gesamtarbeitsverträgen, insbesondere zusätzliche Feriensprüche. Was stimmt: Die grossen historischen Fortschritte – der 8-Stunden-Tag, die 5-Tage-Woche, 4 Ferienwochen für alle und zuletzt die Frührentierung im Baugewerbe – liegen bereits Jahrzehnte zurück. Stattdessen müssen wir in den letzten Jahren die Arbeitszeiten gegen immer extremere Flexibilisierungsangriffe verteidigen. Wir haben mindestens zwanzig Referenden gegen die versuchte Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ergriffen, meist mit Erfolg. Bisher konnten wir auch die Deregulierungsangriffe gegen das Arbeitsgesetz im Parlament blockieren – und damit auch die Möglichkeit einer 70-Stunden-Woche. Zudem haben wir uns stark für die Erhaltung der Arbeitszeiterfassung engagiert. Die Arbeitgeber wollten sie abschaffen, um freie Hand dafür zu haben, die Leute unbezahlte Mehrarbeit leisten zu lassen.

Sie wollen raus aus der Defensive und rein in die Offensive?
Ja! Wir brauchen eine bessere Verteilung der Arbeit. Es kann nicht sein, dass die einen chrampfen müssen, bis sie krank werden, und die andern keinen Job finden. Auch das Verhältnis zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit muss verbessert werden. Dazu sind kürzere Arbeitszeiten für alle unerlässlich.

Manche sind skeptisch, weil sie von verkürzten Arbeitszeiten mehr Stress und eine weitere Verdichtung der Arbeit befürchten. Zu Recht?
Das Verdichtungsproblem haben wir heute schon, etwa in der Pflege. Dort arbeiten immer mehr erschöpfte Mitarbeitende nur noch Teilzeit, weil der Stress zu gross ist. Das kommt einer privaten Arbeitszeitverkürzung gleich, für die die Betroffenen selber aufkommen müssen. Das ist aber nicht, was wir wollen. Wir brauchen dringend eine Verkürzung der Vollzeitpensen. Eine Arbeitsverdichtung verhindern wir, indem wir Arbeitszeitreduktionen nicht nur mit Lohn-, sondern zwingend auch mit Personalausgleich verbinden. Das heisst, es müssen gleichzeitig neue Stellen geschaffen werden.

Der Widerstand der Arbeitgeber gegen kürzere Arbeitszeiten ist gross. Sogar grösser als gegen Lohnerhöhungen. Wie wollen Sie den brechen?
Klar ist der Widerstand gross, denn bei der Arbeitszeitverkürzung geht es um eine Schlüsselfrage des Verteilungskampfes. Für die Frührentierung im Bauhauptgewerbe waren grosse Streikaktionen nötig. Ich sage: ohne Mobilisierung erreichen wir da nichts!



UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA: «Der Kampf für kürzere Arbeitszeiten war für die Gewerkschaftsbewegung seit je zentral. Und das bleibt auch so.» FOTO: PETER MOSIMANN

Coop ritzt den GAV

SCHAFISHEIM AG. In der grössten Bäckerei der Schweiz müssen viele der rund 1000 Mitarbeitenden immer wieder sechs Tage pro Woche arbeiten. Der Grund: Bei ihrem Arbeitgeber Coop gilt zwar die 41-Stunden-Woche, aber die Schichten in der Grossbäckerei dauern oft weniger als acht Stunden. Das führt zu Minusstunden, welche die Bäckerinnen und Bäcker am Samstag oder Sonntag aufholen müssen, wie der «Kassensturz» berichtete. Für Anne Rubin, Co-Verantwortliche Detailhandel bei der Unia, ist klar: «So viele Sechstagewochen, das widerspricht dem GAV.» Die Unia hat umgehend bei Coop interveniert. Darauf habe Coop eine Krisensitzung einberufen, so Rubin: «Jetzt wollen wir im Rahmen der Sozialpartnerschaft die Situation verbessern.»

Die Blochers sahen weiter ab

EMS GR. Trotz Covid-Pandemie und Krise lief es bei der Ems-Chemie letztes Jahr wieder prächtig: Die Mitarbeitenden erwirtschafteten einen Rekordumsatz von 2,25 Milliarden Franken sowie einen Rekordgewinn von 553 Millionen Franken. Die Aktionärinnen und Aktionäre sacken über Dividenden rund 397,6 Millionen Franken ein. Davon gehen allein 281 Millionen Franken an die drei Blocher-Töchter Magdalena Martullo, Rahel



DIVIDENDEN-BLOCHER: EMS-Chefin Magdalena Martullo. FOTO: KEYSTONE

Blocher und Miriam Baumann. Die Mitarbeitenden sollen mit einer nicht näher bezifferten Lohnerhöhung abgespeist werden.

Endlich Lohn für Näherinnen

KARNATAKA (IN). Es ist der wohl grösste Lohnraub in der Geschichte der Textilindustrie: Seit zwei Jahren erhalten 400'000 Näherinnen im indischen Bundesstaat Karnataka nicht den gesetzlichen Mindestlohn. Dieser war Anfang 2020 um umgerechnet 5,15 Franken pro Monat angehoben worden. Doch die Unternehmer – allesamt Zulieferer für Marken wie Nike, H&M, Zara oder C&A – zahlten nicht. Bis jetzt! Auf Druck von lokalen Protesten und einer internationalen Gewerkschaftskampagne hat immerhin der grösste Konzern reagiert: Shahi Export will seinen 80'000 Mitarbeitenden nun 10 Millionen Dollar nachzahlen.

Migros Türk: Streikende in Haft

ISTANBUL. Die Beschäftigten im Warenlager der Lebensmittelkette Migros Türk in Istanbul streikten Anfang Februar für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Darauf entliess das Management 257 Mitarbeitende. Die Polizei nahm über 150 Streikende sowie drei Gewerkschafter fest. Migros Türk hat seine Wurzeln in der Schweiz: Sie wurde in den 1950er Jahren noch von Gottlieb Duttweiler gegründet und 1974 an türkische Besitzer verkauft.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG: 200 JAHRE CHRAMPF UND KEIN ENDE!

In den Baumwollspinnereien wird 14 bis 15 Stunden pro Tag (nach Abzug der Pausen) gearbeitet.	Das eidgenössische Fabrikgesetz legt den 11-Stunden-Tag fest.	Im Landesstreik fordert die Linke die 48-Stunden-Woche beziehungsweise den 8-Stunden-Tag.	Das Volk lehnt die Initiative des LdU für eine 44-Stunden-Woche mit 65% Nein-Stimmen ab.	In den Gesamtarbeitsverträgen verbreitet sich immer mehr die 44-Stunden-Woche.	Die Typographen erkämpfen als erste die 40-Stunden-Woche.	In der Maschinen- und Metallindustrie setzt die Gewerkschaft Smuv die 40-Stunden-Woche durch.	In Deutschland erkämpft die IG Metall in der Druck-, Metall- und Elektroindustrie zum Teil mit Streiks die 35-Stunden-Woche.	Bei den SBB gilt die 39-Stunden-Woche.	In der Volksabstimmung scheidet die Initiative des Gewerkschaftsbunds für eine 36-Stunden-Woche mit 75% Nein-Stimmen.	In Österreich streiken die Pflegenden für die Einführung der 35-Stunden-Woche im Gesundheits- und Sozialbereich.							
1820	1848	1877	1897	1918	1919	1958	1959	1963	1976	1979	1988	1995	2000	2002	2010	2020	2021
Das Glarner Fabrikgesetz, das erste Europas, begrenzt den Arbeitstag auf maximal 15 Stunden, ab 1871 auf 11 Stunden.		Auf gewerkschaftlichen Druck hin führt die Maschinenindustrie den 10-Stunden-Tag ein.	Als Folge des Landesstreiks legt das revidierte Fabrikgesetz 48 Stunden als Normalarbeitswoche fest.	Die Gewerkschaft Smuv erkämpft in der Maschinen- und Metallindustrie die 46-Stunden-Woche.	Der Gewerkschaftsbund fordert in einer Initiative die 44-Stunden-Woche, zieht sie aber 1964 zugunsten des neuen Arbeitsgesetzes zurück.	Das Volk lehnt die 40-Stunden-Woche-Initiative der Progressiven Organisationen (Poch) mit 78% Nein ab. Der Gewerkschaftsbund unterstützt die Initiative nicht.		Die Initiative des Gewerkschaftsbunds für eine 40-Stunden-Woche scheidet in der Volksabstimmung.		Das revidierte Arbeitsgesetz legt eine wöchentliche Höchst-arbeitszeit von 45 Stunden für Industrie, Büro und Detailhandel sowie von 50 Stunden für die restliche Wirtschaft fest.	In Frankreich führt die Regierung unter dem Sozialisten Lionel Jospin die 35-Stunden-Woche ein.	Die mittlere Erwerbsarbeitszeit in der ganzen Wirtschaft beträgt statistisch gesehen 41,6 Stunden pro Woche.	Die SGB-Frauen fordern an ihrem Kongress im November die Verankerung der 35-Stunden-Woche oder 4-Tage-Woche, um Care- und Erwerbsarbeit besser zu vereinbaren.			Die SGB-Frauen fordern an ihrem Kongress im November die Verankerung der 35-Stunden-Woche oder 4-Tage-Woche, um Care- und Erwerbsarbeit besser zu vereinbaren.	

FOTOS: ETH, WIKI, SOZIALARCHIV, SGB

Spanien

Ein grosser Sieg

In Spanien hatten ältere Arbeitnehmende noch vor zehn Jahren eine feste Anstellung mit Kündigungsschutz. Die jüngeren dagegen mussten sich von einem befristeten Job zum nächsten hangeln. Alle kritisierten diese Spaltung des Arbeitsmarkts. Die neoliberale Antwort des konservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy war einfach: 2012 kappte er kurzentschlossen den Kündigungsschutz und schuf noch flexiblere Arbeitsverträge. Jetzt konnten die Firmen auch die Älteren



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

schassen und dann befristet anstellen. Gleichzeitig schwächte Rajoy die Gesamtarbeitsverträge: Die Patrons konnten in den Betrieben tiefere Löhne aushandeln als im Branchenvertrag. Und sie konnten bei vertragslosem Zustand die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Mit verheerenden Folgen: Heute ist der spanische Arbeitsmarkt der prekärste der EU. Ein Viertel aller Arbeitsverträge sind befristet. Bei den neuen Verträgen sind es mehr als die Hälfte! Speziell prekär ist es auf dem Bau: Die Arbeiter sind hier ihren Job jedes Mal los, wenn der Bauauftrag erledigt ist.

DIAZ ERMÖGLICHT REFORM. Als die linke Regierungskoalition von PSOE und Podemos an die Regierung kam, versprach sie, diese unmöglichen Zustände zu bekämpfen. Arbeitsministerin Yolanda Díaz handelte 2021 mit den Spitzen von Arbeitgebern und Gewerkschaften ein Kompromisspaket aus. Neu soll der unbefristete Arbeitsvertrag der normale sein.

Neu soll der unbefristete Arbeitsvertrag der normale sein.

Bauarbeiter werden künftig fest angestellt. Befristete Verträge gibt es noch für saisonale Arbeiten und Stellvertretungen. Praktika sind limitiert und reguliert. Und die Gesamtarbeitsverträge werden gestärkt: Ihre Eckwerte gelten auch im vertragslosen Zustand weiter, und die Löhne der Branchenverträge gehen betrieblichen Abmachungen vor. Das Kompromisspaket sieht zudem die Einführung einer staatlichen Kurzarbeitsversicherung vor.

ENDE GUT, ALLES GUT. Die Regierungsparteien PSOE und Podemos stimmten dem Paket zu. Aber im Parlament wäre es beinahe durchgefallen. Die Konservative Partei und die rechtsradikale VOX stimmten dagegen. Sie wollten nicht, dass die Gewerkschaften gestärkt werden. Einige Autonomisten stimmten dagegen, um der populären, linken Yolanda Díaz eins auszuwischen. Dank einem Zufallsmehr kam das neue Gesetz aber durch. Das ist ein grosser Sieg für prekär angestellte Leute in Spanien. Und das sind ganz schön viele.



Winter auf dem Bau

Nässe, eisige Temperaturen, rutschige Böden. Im Winter wird den Bauarbeitern nichts geschenkt. Bei schlechtem Wetter steigt die Unfallgefahr. Was es zu beachten gibt und weitere wertvolle Infos unter www.unia.ch/schlechtwetter

Wegen «dogmatischer Technokraten» an der Verbandsspitze:

Riesenkrach bei Baumeistern

Der Baumeisterverband greift die Búezerlöhne an. Das ist der Walliser Sektion zu blöd. Sie schert aus. Die Hardliner toben.

JONAS KOMPOSCH

Es war ein selten geharnischter Brief, den der Walliser Baumeisterverband (WBV) kürzlich im Briefkasten hatte. Nichts weniger als «Rebellion» und «Verrat» wird seinen Mitgliedern darin vorgeworfen. Wer das Schreiben verfasst hat, will WBV-Präsident Serge Métrailler auf Anfrage nicht verraten. Klar ist aber: Es waren Baumeister aus anderen Kantonen. Was war passiert?

Die Walliser Baumeister hatten sich im Dezember mit den Gewerkschaften auf eine generelle Lohnerhöhung für das Jahr 2022 geeinigt. Sie beträgt 1,2 Prozent. Hinzu kommen individuelle Erhöhungen von 0,3 Prozent der Lohnsumme, die auf mindestens ein Drittel der Búezer verteilt werden müssen. Kein Riesensprung also, aber immerhin ein Teuerungsausgleich «plus».

Die Meister haben keinen Grund, zu jammern.

Trotzdem ist das für viele Baumeister der «Üsserschwyz» ein Skandal. Denn der Walliser Abschluss lässt sie alt aussehen.

WENIGER FÜR BÚEZER

Unzählige Bauarbeiter werden nämlich auch in diesem Jahr Reallohnverluste erleiden. Wegen der Teuerung. Und weil im November der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) erneut jede generelle Lohnerhöhung verweigerte. Das sei «nicht möglich», hiess es, die Gewinnmargen seien zu tief. In Wahrheit haben die Meister keinen Grund, zu jammern. Die Branche boomt: Rekordwerte bei den Baugesuchen, historisches Höchstniveau bei den Investitionen und noch bessere Konjunkturaussichten für die kommenden Monate. Trotzdem holt der SBV schon zum nächsten Angriff aus.



ÜBERRASCHUNG! Baumeister-Chef Gian-Luca Lardi will die Búezerlöhne kleinhalten und liebäugelt sogar mit einem vertragslosen Zustand in der Branche. Doch der Walliser Baumeisterverband grätscht ihm rein. FOTO: 13 PHOTO

Die Verbandsmehrheit will nämlich den Landesmantelvertrag (LMV) für die Arbeitenden verschlechtern. Gewisse Chefs stehen offen dazu. Zum Beispiel Rolf Graf, der Baumeisterpräsident der Region Basel. Hinsichtlich der LMV-Neuhandlungen, die am 28. Februar beginnen, schreibt er: «Klares Ziel der Baumeister ist, massgebliche Verbesserungen für die Arbeitgeber zu erreichen.» Konkreter wurde unlängst sein Freiburger Kollege Germain Wicht: Es brauche einen «unternehmensfreundlicheren» LMV mit «finanzierbaren Löhnen» und «flexibleren Arbeitsmodellen». Im Klartext: Mehr chrapfen für weniger Geld.

Andere SBV-Sektionen üben dagegen leise Selbstkritik, etwa jene aus Solothurn: Die «gescheiterten Lohnverhandlungen 2022» seien «kein gutes Omen für die anstehenden GAV-Vollverhandlungen».

KÜHLE ABRECHNUNG

Dass eine Vertragsverschlechterung nicht nur unwürdig, sondern angesichts des Fachkräftemangels auch

unvernünftig wäre, betonen gewerkschaftlich organisierte Bauleute schon lange. Jetzt gibt ihnen endlich auch ein Unternehmerverband recht. Im Januar veröffentlichte der angegriffene WBV nämlich eine kühle Abrechnung mit den Hardlinern im SBV (in ganzer Länge nachzulesen hier: rebrand.ly/sbvkritik).

Die nationalen Lohn- und LMV-Verhandlungen seien von «Dogmatismus» geprägt, schreibt der WBV. Denn: «Der Kampf wird eher gegen eine Gewerkschaft geführt als für das Wohlergehen der Arbeitnehmer und der Unternehmen.» Eine klare Abfuhr erteilt das Wallis auch Drohgebärden wie jenen von SBV-Boss Gian-Luca Lardi.

«ZENTRALISMUS»

Der FDPLer liebäugelte im «Tages-Anzeiger» offen mit dem vertragslosen Zustand. Dazu der WBV: «Der frontale Angriff, den gewisse Technokraten seit mehr als einem Jahr gegen unsere Vereinbarungen führen, stellt die sozialen Errungenschaften, den Schutz der korrekten

Unternehmen (...) sowie den notwendigen gemeinsamen Kampf gegen die Schwarzarbeit in Frage.» Legitimiert würden diese Angriffe mittels «ausländischer Studien oder gezielter Rechtsgutachten», aber «ohne jemals den Puls vor Ort zu nehmen».

Da mache der WBV nicht mit. Mit der Lohnerhöhung wolle er stattdessen die «exemplarische Haltung der Arbeitnehmer» während der Pandemie würdigen. Diese Position habe der WBV auch «mit Nachdruck in der Region Romandie vertreten, die diesen Grundsatz geteilt» habe. Standhaft blieb letztlich aber nur das Wallis. Der Neuenburger Baumeisterverband etwa ist zwar ebenfalls für eine Lohnerhöhung von 1,5 Prozent. Doch um es sich nicht mit dem SBV zu verschmerzen, gab er seine Position bloss als «Empfehlung» heraus. Daher kritisiert der WBV auch den Verbandszentrismus, «der weit von jeglicher Realität entfernt» sei. Mit entsprechender Parole endet die zweiseitige Abrechnung: «immer Partner, nie Befehlsempfänger». Irgendwie sympathisch, diese Walliser!

Gewerkschaften lancieren weitere Initiative für eine starke AHV

Volkvermögen in die Volksversicherung!

Die Schweizerische Nationalbank sitzt auf einem Vermögen von 1 Billion Franken. Und hat Ausschüttungsreserven von mehr als 100 Milliarden Franken. Ein Teil davon gehört in die AHV.

CLEMENS STUDER

Den rechten Parteien von SVP bis GLP fällt zur AHV nur eines ein: Abbau! Sie ist ihnen ein Dorn im Auge, weil die AHV im soliden und solidarischen Umlageverfahren finanziert wird. Und weil deshalb die Finanzindustrie an der AHV kaum etwas verdient. Die AHV ist ihnen auch ein Dorn im Auge, weil unbezahlte Betreuungsarbeit in der AHV rentenbildend ist. Und darum starten die Rechten Angriff um Angriff gegen unsere Volksversicherung. Der neueste ist die sogenannte AHV21-Reform. Diese will den Frauen mit einem höheren Rentenalter 1 Milliarde Franken wegnehmen. Das Referendum gegen diesen Rentenklau läuft – und es läuft gut (siehe Box).

Die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien wehren

sich seit Jahren mit Referenden gegen die rechten Abbau-Pläne. Und konnten das Schlimmste verhindern. Weil das Volk von einseitigen Abbau-Vorlagen nichts wissen will.

ABWEHREN UND AUSBAUEN

Doch abwehren ist das eine, ausbauen das andere. Und im Unterschied zu den rechten Parteien haben die Gewerkschaften konkrete Vorschläge, die Renten-Lage der grossen Mehrheit in diesem Land

zu verbessern. Diese ist nämlich mehr als unbefriedigend: Die Renten sind nicht existenzsichernd, wie dies die Verfassung vorschreibt. Deshalb verlangt eine SGB-Initiative den AHV-Dreizehnten. Sie ist bereits im parlamentarischen Prozess.

Unbestritten ist, dass die AHV in den nächsten rund zwei Jahrzehnten etwas mehr Geld braucht, weil die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Doch das gleicht sich mit den geburtenschwachen

folgenden Jahrgängen wieder aus. Und vor allem: Es ist genug Geld da!

NATIONALBANK-MILLIARDEN

Allein mit den 26 Milliarden Franken Gewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB) vom letzten Jahr könnte man den zusätzlichen Finanzierungsbedarf der AHV für die nächsten zehn Jahre decken. Noch viel grösser sind die Reserven der SNB. In der Ausschüttungsreserve liegen mehr als 100 Milliarden Franken. Insgesamt gehören der SNB mittlerweile Aktien, Obligationen und Gold im Wert über 1 Billion (1000 Milliarden) Franken. Und die SNB gehört dem Schweizer Volk.

Darum haben die SGB-Delegierten jetzt beschlossen, die Initiative «Nationalbankgewinne für eine starke AHV» zu lancieren. Ein Teil der Gewinne der SNB soll für die Volksversicherung AHV zur Verfügung stehen. Und die unterdessen über 10 Milliarden Franken Einnahmen aus Negativzinsen sollen an die AHV überwiesen werden. Ab dem Frühling läuft die Unterschriftensammlung.

AHV-Referendum: Schon 100 000 Unterschriften!



Die von den rechten Parteien geplante Abbauvorlage AHV21 kommt im Volk schlecht an. Umso besser dafür das Referendum der Gewerkschaften. Nach der Hälfte der Sammelfrist sind schon doppelt so viele Unterschriften gesammelt, wie nötig wären. Konkret über

100 000. Das würde auch für eine Initiative reichen. Doch die Sammlung geht weiter – und vor allem auch das Einschicken von bereits gesammelten Unterschriften: noch bis am 12. März. Damit schon Ende März bei der Einreichung des Referendums ein weiteres starkes Zeichen an die rechten Rentenfälligerinnen und Rentenfälle gesetzt werden kann. Also schnell die ausgefüllten Unterschriftenbögen einschicken! Oder online unterschreiben: rebrand.ly/ahv-abbau-nein.



WAS FÜR EIN SIEG! Mit fast 63 Prozent Nein-Stimmen versenkte das Volk die neueste Steuererleichterung für Grosskonzerne deutlich. FOTO: KEYSTONE

Steuergeschenk an Grosskonzerne versenkt Stimmvolk bodigt das Grosskapital

Die Ablehnung des Stempelsteuer-Bschiss ist ein grosser Sieg für die Gewerkschaften und die linken Parteien. Und weist über den Tag hinaus. Trotz Nebelpetarden von rechts.

CLEMENS STUDER

Zum dritten Mal in den vergangenen fünf Jahren fällt eine Steuergeschenk-Vorlage für Konzerne und Reiche beim Volk durch. 62,67 Prozent der Stimmenden sagten Nein zur Abschaffung der Emissionsabgabe (alias Stempelsteuer) auf Aktienausgaben über 1 Million Franken.

Linker Erfolg I:

Von der nationalistischen SVP bis zu den antisozialen Grünen von der GLP weibelten alle geschlossen für das neue Steuergeschenk für Konzerne und die Finanzindustrie. Im Unterschied zu früheren Steuerabstimmungen, bei denen linke Referenden auch zum Beispiel von Städten oder Teilen der GLP unterstützt wurden, standen dieses Mal Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien allein gegen die Millionen der Wirtschaftsverbände und ihrer Sponsoren. Dafür aber unter anderem mit Frontkämpferin und SP-Nationalrätin Jacqueline Badran (siehe Editio auf Seite 2).

Linker Erfolg II:

Bereits mit der Lancierung erzielte das Referendum gegen die Abschaffung der Emissionsabgabe einen ersten Erfolg. Die rechte Mehrheit im Parlament sistierte die bereits aufgelegten Abschaffungen der anderen beiden Stempelabgaben mit einem Steuerausfall von 2 Milliarden Franken jährlich. Mit einer Wiederholung werden sie jetzt mindestens bis nach den nächsten eidgenössischen Wahlen warten müssen.

Linker Erfolg III:

Mit dem grossartigen Sieg vom 13. Februar haben Gewerkschaften und fortschrittliche

Parteien eindrücklich gezeigt, dass sie willens und in der Lage sind, auch ohne Millionen aus den Portokassen der Finanzindustrie und der Grosskonzerne wirkungsvolle und erfolgreiche Kampagnen gegen rechte Sozial- und Steuerpolitik zu fahren.

Nebelpetarde I: «Volk wendet sich von der Wirtschaft ab»

Ebenso beliebt und gleich falsch ist die rechte und mediale Erzählung vom Volk, das sich von «der Wirtschaft» abwendet, weil es «ihm zu gut geht». Erstens sind die Lohnabhängigen «die Wirtschaft». Sie erarbeiten den Mehrwert. Warum sollten sie sich von sich abwenden? Richtig ist: Immer mehr dieser Menschen leiden unter stagnierenden Löhnen und Renten, unter steigenden Krankenkassenprämien, Mieten und Abgaben. Sie haben weniger Geld im Portemonnaie. Ganz im Unterschied zu den «oberen Zehntausend». Denn Firmen, Kapitalbesitzende und Superverdienende wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit Steuergeschenken in Milliardenhöhe überschüttet.

Nebelpetarde II: «Übellauniges Stimmvolk wegen der Pandemie»

Total aus dem Häuschen waren einige Medienschaffende ob ihrer These, die Abschaffung der Emissionsabgabe sei eine Folge der Unzufriedenheit der Stimmenden mit den Coronabekämpfungsmassnahmen. Da seien neue Menschen politisiert worden, die es dem Bundesrat zeigen wollten und darum gegen die Behörden stimmten. Ein Blick auf die Stimmbeteiligung genügt, um das als falsche Analyse zu entlarven. Die lag mit 44 Prozent auf Vor-Pandemie-Niveau.

Nebelpetarde III: «Ohrfeige für den Bundesrat»

Auch diese rechte und mediale Erzählung wird durch dauernde Wiederholung nicht richtiger: Wenn schon Ohrfeigenwetter, dann für die rechte Parlamentsmehrheit. Denn der einzige Bundesrat, der eine böse Schlappe erlitten hat, heisst Ueli Maurer und ist SVP-Finanzminister. Offizielles Ziel seines Departementes ist, in Zukunft nur noch

Löhne, Renten und Konsum zu besteuern. Das Kapital soll steuerbefreit sein. Am 13. Februar hat das Volk jetzt «Stop» gesagt. Doch Maurer wird unbeirrt weitermachen – und sich auf die rechte Parlamentsmehrheit verlassen können. Schon phantasiert er davon, im Zuge der OECD-Steuerreform Reichen die Privatschulen ihrer Kinder zu bezahlen.

Ein Blick auf die anderen Vorlagen: **Tabakwerbeverbot.** Warum sollte die Annahme Gesundheitsminister Alain Berset stören? Das Gesetz macht seinem Departement nicht mehr Arbeit. Im Gegenteil: Die Arbeit der Präventionsfachleute im Bundesamt für Gesundheit wird einfacher. Und die Krankheitskosten wegen Tabakkonsums werden tendenziell sinken. Für den untauglichen indirekten Gegenvorschlag war die von der Tabaklobby alimentierte rechte Parlamentsmehrheit verantwortlich.

Mediengesetz. Die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat sich tapfer für das Gesetz eingesetzt. Ein Gesetz, das die rechte Mehrheit im Parlament zugunsten der grossen Medienkonzerne aufgeblasen hat – um dann im Abstimmungskampf von der Fahne zu gehen oder sich unsichtbar zu machen. Für das Gesetz kämpften eigentlich nur noch die Linke und die Gewerkschaften, obwohl sie nicht einmal einen Medienschaffenden-GAV erreichen konnten. Am effizientesten unfreiwillig für Ja-Stimmen gesorgt haben dürfte am Schluss wohl die doch eher unappetitliche Mélange an der Spitze der Gegnerinnen und Gegner.

Und jetzt? Feiern und dranbleiben

Die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien haben am 13. Februar einen grossartigen Sieg nach einem ebenso grossartigen Referendumskampf erzielt. Das darf gefeiert werden. Auch weil es Mut macht für die anstehenden Kämpfe gegen Rentenabbau (siehe Seite 6 unten) und weitere Steuergeschenke. Schon im September geht es um die AHV-«Reform» auf dem Buckel der Frauen und mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen um ein weiteres Milliarden Geschenk an Kapitalbesitzende.



la suisse existe
Jean Ziegler

IMMER NOCH UND SCHLIMMER NOCH

Immer noch und schlimmer noch wütet das Verbrechen an den Ost- und Südgrenzen des europäischen Kontinents. Die Täter sind die nationalen Grenzschützer von Griechenland, Kroatien, Ungarn, Serbien und die internationalen Menschenjäger der EU-Grenzschutzbehörde Frontex. Bezahlt und

«Der erste Schritt zur Sittenverderbnis ist die Verbannung der Wahrheit.»

MICHEL DE MONTAIGNE

instruiert werden sie allesamt von den Kommissarinnen und Kommissaren der EU in Brüssel. Die Opfer? Flüchtlingsfamilien aus dem Irak und Syrien, aus Afghanistan, dem Südsudan, Somalia und Jemen.

ERFROREN AM EVROS. Immer neue Verbrechen kommen an den Tag. Jüngstes bekannt gewordenes Beispiel: Am Morgen des 2. Februar entdeckten Bauern auf einem Feld am Ostufer des türkisch-griechischen Grenzflusses Evros die halbnackten Leichen von neunzehn Flüchtlingen, darunter sechs Kindern. Sie alle trugen nur Unterwäsche, die Kleider und Schuhe waren ihnen entrissen worden.

In der bitterkalten Winternacht dieser Region waren sie erfroren. Einige Hundert Griechinnen und Griechen protestierten drei Tage später vor dem Parlament in Athen gegen den mörderischen Rassismus ihrer Regierung. Flüchtlingen die Kleider wegzunehmen, bevor sie zurückgejagt werden, gehört auch zur Praxis der Schlägertrupps der kroatischen Grenzpolizei. In der libyschen Hauptstadt Tripolis herrschen Milizen. Sie pferchen die Flüchtlinge in Privatgefängnisse. Wollen sie überleben, müssen sie die Telefonnummern ihrer Familien preisgeben. Die Folterer rufen an, und die fernen Angehörigen hören die Schreie ihrer gequälten Söhne, ihrer Töchter. Dann bezahlen sie Lösegeld auf ein libysches Konto. Die EU finanziert die libysche Küstenwache. Sie unterhält im Herzen von Tripolis eine bestens informierte eigene Vertretung.

SPRACHREGELUNG. Wie ist es möglich, dass alle diese Schrecken in eisiger Normalität und im Wissen unserer europäischen Öffentlichkeit Tag für Tag, Nacht für Nacht vor sich gehen können? Der französische Philosoph Michel de Montaigne schrieb in seinen «Essais» (1572–1592): «Der erste Schritt zur Sittenverderbnis ist die Verbannung der Wahrheit.» – Die Kommunikationsstrategen in Brüssel sprechen stets nur von «Migranten». Das Wort «Flüchtling» kommt in ihren Verlautbarungen kaum noch vor. Migranten sind Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Herkunftsland verlassen. Im Gegensatz zu Gewaltflüchtlingen geniessen sie nicht den Schutz der Uno-Flüchtlingskonvention von 1951. Diese Sprachregelung der EU hat einen offensichtlichen Grund: «Illegal» passieren nur Migrantinnen und Migranten mit eindeutig wirtschaftlicher Motivation eine Grenze. Für Gewaltflüchtlinge hingegen existiert kein Delikt des illegalen Grenzübertritts. Indem jedoch die Sprecher der EU den Flüchtlingen ihre «wahre Existenz» – um mit Montaigne zu reden – absprechen, wird der Versuch, in einem fremden Land einen Asylantrag zu stellen, automatisch zum Delikt degradiert. Delikte werden in der öffentlichen Meinung verurteilt. So stösst Brüssel als Konsequenz der «Verbannung der Wahrheit» mit seiner unmenschlichen Politik auf weitgehende Zustimmung.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**



ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & der Traum

Die Briefträgerin war am Werweissen, was sie für die nächste Ausgabe der work-Zeitung schreiben sollte. Da gab ihr die Nacht einen Traum ein. Einen posttraumatischen Posttraum.

Wenn die Briefträgerin an ihre Anfangszeit bei der Post zu-



Bärtschi-Post

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

rückdenkt, packt sie in letzter Zeit öfter eine Wut und ein Zorn. Im Verlauf ihrer Tätigkeit in der Zustellung hatte sie zahlreiche Vorgesetzte. Als Teilzeiterin wechselte sie immer mal wieder das Team, kam dort zum Einsatz, wo gerade Not an der Frau bestand. Die Abwechslung gefiel ihr im grossen und ganzen. Einer der Chefs aus jener Zeit jedoch übte einen ganz besonderen Druck auf seine Leute aus, der Stand seiner Brigade in

Ihr Chef tat, was er im wahren Leben nie geschafft hatte: Er zeigte sich zufrieden.

der Team-Konkurrenzkala war ihm sehr wichtig. Also sein Stand, genaugenommen. Die Briefträgerin spürt beim Zurückdenken wieder die Dauer-rückenschmerzen von damals und die durch Stress verursachte Kopfflosigkeit.

FRÖHLICHES ERWACHEN. Eigentlich sollten frau und man sich ja nicht zu viel aus vorgesetzten Meinungen machen, aber das ist bekanntlich leichter gesagt als getan angesichts der allgemeinen Konditionierung. Im Traum nun tat der Kerl, was er im richtigen Leben nie schaffte: Er zeigte sich zufrieden mit der Arbeit der Briefträgerin, ja äusserte sogar Anerkennung. Die Briefträgerin erwachte fast fröhlich und spann am Faden weiter: Die Kritik an ihrer «Performance» (= Menge pro Zeiteinheit) zog sich wie ein roter Faden durch den grösseren Teil ihrer bisherigen Postlaufbahn. Immerhin verlor das Thema Tempo in der jüngeren Vergangenheit ganz allgemein an Aufdringlichkeit.

Und vor ein paar Jahren dann sagte ein Jüngling, den sie seit seinem ersten Lehrjahr kannte und der inzwischen ihr Chef war, anlässlich des jährlichen «Fokus»-Gesprächs (heute: «Dialog») den erlösenden Satz zu ihr: «Du bist nicht die schnellste und nicht die langsamste Briefträgerin.» Basta!

Lieferdienst mauert. Jetzt fordert die Unia: Smood soll Gastro-GAV einhalten

Auch nach dem Ende ihres Streiks kämpfen die «Smooders» weiter. Und haben jetzt Unterstützung von der Genfer Schlichtungsbehörde erhalten.

CHRISTIAN EGG

Mit einem gigantischen schwarzen Rucksack protestierten die Fahrerinnen und Fahrer des Lieferdienstes Smood in der Genfer Innenstadt. Die Botschaft am 5. Februar war klar: Sie wollen die riesige Arbeitslast, die grenzenlose Flexibilisierung und die miese Bezahlung nicht mehr akzeptieren.

Zwei Tage später bekamen die «Smooders» Sukkurs von der Genfer Schlichtungsstelle CRCT. Dort hatten sie, unterstützt von der Unia, mehr als einen Monat lang mit Smood verhandelt. Ohne Erfolg, die Schlichtung scheiterte Ende Januar (work berichtete darüber: rebrand.ly/schlichtung).

Aber die CRCT gibt nicht auf: Jetzt hat sie zehn Empfehlungen abgegeben, wie eine Lösung des Konflikts aussehen könnte. Und dabei zentrale Forderungen der Fahrerinnen und Fahrer aufgenommen. Die zwei wichtigsten: eine garantierte Mindestarbeitszeit von 17 Stunden pro Woche und die Bezahlung aller Arbeitsstunden, einschliesslich der Wartezeiten während der Schichten.

SMOOD MAUERT

Letzteres sollte eigentlich selbstverständlich sein. Gilt aber für einen Grossteil der Smood-Kurierinnen und -Kuriere nicht. Sie sind nicht von Smood direkt angestellt, sondern vom Subunternehmen Simple Pay. Und werden dort im Minutentakt bezahlt – und zwar erst ab dem Moment, in dem sie einen Auftrag annehmen, bis zum Zeitpunkt, in dem sie die Lieferung abgeben. Für die Zeit dazwischen gibt's: nichts. Das CRCT findet dafür klare Worte: «Nicht akzeptabel.»

Hartnäckig war auch die zuständige Regierungsrätin Fabienne Fischer. Nachdem die CRCT ihre Empfehlungen bekannt-

gegeben hatte, lud sie die Konfliktparteien zu einem Treffen ein. Doch es kamen nur die Unia, Syndicom und das Subunternehmen Simple Pay. Smood nahm nicht teil. Fischer lud abermals ein, diesmal kam auch Smood. Aber, so Unia-Mann Roman Künzler: «Sie haben nichts zu einer Lösung des Konflikts beigetragen. Smood war zu keinerlei Kompromissen bereit.»

MISERABLE BILANZ

Noch kurz vor dem Protest in Genf hatte sich Smood ein bisschen bewegt. Die Firma will den Stundenlohn leicht anheben und die Arbeitszeit transparent erfassen. Doch die Bilanz ist miserabel. Unia-Mann Künzler: «Von den zehn Empfehlungen der CRCT hat Smood bisher nur eine umgesetzt.»

Und das ist das Problem. Wenn Smood mauert, bleiben die Empfehlungen der Behörde totter Buchstabe. Deshalb fordert die Unia jetzt: Smood muss endlich den Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes (L-GAV) einhalten. Der gilt, so steht es in Artikel 1, auch für «Betriebe, die fertig zubereitete Speisen ausliefern».

Bisher weigert sich Smood, das anzuerkennen. Für Mauro Moretto, Gastgewerbe-Verantwortlicher bei der Unia, ist auch klar, warum: «Der L-GAV hält unmissverständlich fest, dass Präsenzzeit als Arbeitszeit gilt. Nur während der Aufträge zu bezahlen, wie Simple Pay das macht, ist nicht zulässig.»

KLARE SACHE

Die Unia hat hier eine andere Position als die Gewerkschaft Syndicom. Die möchte lieber, dass Smood ihrem GAV für Velo- und andere Kuriere beiträgt. Doch dieser Vertrag hat einen grossen Nachteil: Es fehlt eine klare Bestimmung, wonach Präsenz- und Wartezeiten als Arbeitszeit gelten.

Gerne hätte work gewusst, warum Smood glaubt, die Regeln der Gastrobranche, die der Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärt hat, gälten für die Firma nicht. Doch auch hier: keine Antwort von der Smood-Chefsetage. Dafür teilte der Smood-Besitzer heftig gegen die Unia aus (siehe Text unten).

Und jetzt? Den GAV durchzusetzen ist Sache der Kontrollstelle. Sie wird gemeinsam von Arbeitnehmenden- und Arbeitgeberverbänden geführt. Für Unia-Mann Moretto ist klar: «Wenn Smood weiter aufsturzt, muss notfalls ein Gericht dafür sorgen, dass sich die Firma an die Regeln hält.»



ZAHLT ENDLICH! Am 5. Februar protestierten die Smood-Fahrerinnen und -Fahrer in Genf erneut gegen die erdrückende Arbeitslast und die tiefen Löhne. FOTOS: LUCAS DUBUIS

Marc Aeschlimann spielt Gewerkschaften gegeneinander aus Das durchsichtige Manöver von Mr. Smood

Marc Aeschlimann, CEO und Mehrheitsbesitzer von Smood, geht frontal auf die Unia los. Hintergrund ist ein GAV, den niemand je gesehen hat.

CHRISTIAN EGG

Dialogbereitschaft ist das nicht. Als die zuständige Genfer Regierungsrätin den Lieferdienst Smood und die Gewerkschaften an ein Treffen lädt (siehe Text oben), glänzt Smood-Chef Marc Aeschlimann erst mal durch Abwesenheit. Am gleichen Tag erscheint in der Zeitung «Le Temps» ein Interview mit dem Jungunternehmer. Darin teilt Aeschlimann (geschätztes Vermögen: bis zu 200 Millionen Franken) mächtig gegen die Unia aus.

98 PROZENT? Aeschlimanns Ärger geht zurück auf das erste Halbjahr 2021, also schon

bevor die Unia Smood wegen des aktuellen Konflikts erstmals kontaktierte. Damals habe er mit der Gewerkschaft Syndicom einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) aushandeln wollen, so Aeschlimann. Gegenüber «Le Temps» sagt er wörtlich: «Ende August waren wir uns zu 98 Prozent einig.» Die Intervention der Unia, vor Streiks in elf Westschweizer Städten, habe alles kaputtgemacht. Oder wie es Aeschlimann ausdrückt: «Unia schmarotzte bei der Fertigstellung des GAV.» Wie jetzt? Nachfrage bei Syndicom: Was war

das für ein GAV? Gab es überhaupt Verhandlungen? Doch Syndicom möchte sich nicht äussern. Noch im letzten November, kurz nach Streikbeginn, sprach Syndicom nicht von «Verhandlungen», sondern von «Diskussionen» mit Smood.

LUFTSCHLOSS. Wer lügt hier also? Véronique Polito, Unia-Vizepräsidentin, wollte es genau wissen. Sie bat Smood, ihr den GAV-Entwurf zu zeigen. Aber, so Polito: «Ich bekam das Dokument nie zu Gesicht – wenn es überhaupt existiert.»

Die böse Unia plage nicht nur Smood, sondern

terrorisiere auch Syndicom, so der Tenor des Aeschlimann-Interviews. Für Unia-Frau Polito ein durchsichtiger Schachzug: «Das ist die bekannte Strategie der Arbeitgeber, die Gegner zu spalten.»

Neben dem Attackieren kennt Aeschlimann noch eine zweite Tonart: das Reklamieren. Vor allem über den Dumping-Lieferdienst Uber Eats. Er zahle «hundert Prozent mehr» an Sozialversicherungsbeiträgen als seine Konkurrenten. «Seit Jahren» verlange er von den Behörden, dies zu korrigieren.

Da rennt er bei der Unia offene Türen ein. Gewerkschafterin Polito kritisiert allerdings die Lösung, die Aeschlimann anstrebt: «Er will Verträge, die mit dem Geschäftsmodell von Uber Eats konkurrenzfähig sind. Das Ergebnis wäre eine Anpassung nach unten für die ganze Branche. Da machen wir als Gewerkschaft nicht mit.»

REKLAMIERER: Smood-Chef Marc Aeschlimann.

FOTO: NIELS ACKERMANN / LUNDI 13



Klimaaktivistin wird Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik

Der grüne Super-Coup

Politiert wurde Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan ausgerechnet in der Schweiz. Jetzt wird sie internationale Klimabeauftragte in Berlin. Eine spektakuläre Wahl.

MARIE-JOSÉE KUHN

«Geht gar nicht!» und «unanständige Wahl!»: So erhitzt sich die deutsche Boulevardzeitung «Bild» über die Ernennung von Greenpeace-Co-Chefin Jennifer Morgan zur deutschen Sonderbeauftragten für internationale Klimapolitik. Gelandet hat den politischen Super-Coup die grüne deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock. Sie hat die 55jährige Klimakämpferin und Politikwissenschaftlerin zu sich ins Auswärtige Amt geholt.

Seither rumpelt es nicht nur im deutschen Blätterwald. Auch die NZZ nörgelt schmallippig: «Dass es politisch klug ist, der Chefin einer solchen Organisation ein Regierungsamt anzutragen, darf bezweifelt werden.» Schliesslich provoziere das 400-Millionen-Unternehmen Greenpeace mit seinen 3 Millionen Mitgliedern gerne mit waghalsigen Aktionen, die an der Legalität ritzten, so die «alte Tante» von der Zürcher Falkenstrasse. Die sich auch darüber echauffert, dass Deutschland mit Morgan nun die «weltweite moralische Führungsrolle» in der Klimapolitik übernehmen will. Und so wohl auch der solarfaulen Schweiz nachhelfen wird (siehe Rubrik «Rosa Zukunft» unten).

NICHT MEIN PROBLEM

Morgan ist überzeugte AKW-, Kohlekraft- und Gegendegenerin. Und sie ist überzeugt von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Zu Donald

Trump sagte Morgan, die in Ridgewood im US-Staat New Jersey geboren wurde, einst: «Wir bräuchten einen Präsidenten, der die Erkenntnisse der Wissenschaft akzeptiert. Jetzt haben wir einen, der den vom Menschen verursachten Klimawandel leugnet.» Und zum Lesbischsein: «Ich wohne mit einer wunderbaren Frau in Berlin zusammen. Wenn sich da jemand daran stört, ist es sein oder ihr Problem und nicht meines.»

BIS ZUM ZIEL

Morgan hat in den USA ein Aktivistentraining absolviert, um Demo-Fertigkeit zu erlangen. Und gelernt, wie frau klettert, um ein Banner zu hissen. Auf einer Arktis-Expedition hat sie dann Müll gesammelt. Die Klimakämpferin ist also gut ausgebildet. Und vernetzt:

Seit der ersten internationalen Klimakonferenz hat sie bei keiner gefehlt. Sie gilt als Vertraute von John Kerry, dem Sondergesandten des Präsidenten für das Klima unter Joe Biden. Und sie soll sich auch gut mit EU-Vizepräsident Frans Timmermans verstehen. Morgan ist eben «ein grünes Superweib», wie der Kolumnist und «Gossen-Goethe» Franz Josef Wagner in der «Bild» jubiliert.

Nur einmal soll Morgan den Tränen nah gewesen sein. Das war 2009 an der Klimakonferenz in Kopenhagen. Innerhalb weniger Stunden lösten sich dort alle Hoffnungen auf ein

neues globales Klimaabkommen in Luft auf. Doch dann rappelte sich die Weltverbesserin rasch wieder auf, ganz nach ihrem Credo: «Wir gehen den Weg bis zu Ende und bis wir unsere Ziele erreicht haben.»

NIEDERERLINSBACH

Frei nach John F. Kennedy («Ich bin ein Berliner») ist auch Jennifer Morgan «eine Berlinerin», mit dem Unterschied, dass sie perfekt Deutsch spricht und in der Weltstadt an der Spree auch studiert hat. «Die Stadt hat eine tiefe Seele, weil sie so viel erlebt hat», sagt sie über ihre Wahlheimat,

wo sie sich jetzt auch einbürgern lassen will.

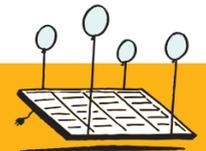
Ein weiterer Skandal für ihre Kritikerinnen und Kritiker: eine Noch-Ausländerin als Staatssekretärin im deutschen Auswärtigen Amt? Doch Morgan ist auch ein bisschen Schweizerin. Ausgerechnet im AKW-Gösigen-Bezirk, im solothurnischen Niedererlinsbach, wurde sie einst politisiert. Während eines zweimonatigen Austauschprogramms bei einer

Gastfamilie. 2017 erzählte sie der «Sonntagszeitung»: «Damals unterstützte die US-Regierung den Guerrillakrieg gegen die linke Regierung in Nicaragua. Ich hatte keine Ahnung von Politik. Meine Freunde und meine Gastfamilie fragten mich da, was meine Regierung in Nicaragua mache. Das beschäftigte mich. Ich begann, mit mehr Menschen über die Rolle der USA in anderen Ländern zu sprechen. So wurde ich für Politik sensibilisiert, vor allem für Aussenpolitik.» Und jetzt, Jahrzehnte danach, besteigt sie die politische Bühne der Berliner Republik. Es wird spannend.



FASSADENKLETTERN UND NETZWERKEN: Jennifer Morgan ist Aktivistin und neu auch Politikerin. FOTO: GREENPEACE

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Solarbomben: Wird diese taffe Staatssekretärin Simonetta Sommaruga Beine machen?

Die bisherige Chefin von Greenpeace International, Jennifer Morgan, ist neu Staatssekretärin im deutschen Auswärtigen Amt. Sie soll solarfaulen Ländern weltweit auf die Sprünge helfen. Wir dürfen uns freuen.

Die Leserinnen und Leser von work wissen es schon länger: Das ganz grosse Ding in Sachen Solarenergie werden bifaziale Freiflächenanlagen in den Alpen sein. Und der Startschuss fiel in Gondo VS. Der Fotograf und Maler Renato Jordan besitzt dort 2 Millionen Quadratmeter Boden, der von der grenznahen Nationalstrasse bis auf 2500 Meter über Meer reicht. Sein Schwager René Dirren war vor seiner Pensionierung CEO der schweizerisch tätigen Enalpin, die von der deutschen Energieanbieterin EnBW kontrolliert wird. Diese parastaatliche EnBW des Landes Baden-Württemberg und seiner Gemeinden setzt voll auf neue, erneuerbare Energien. Neben EnBW sind die Schweizer Energiekonzerne Axpo und Alpiq Vorgartenzwerge.

Verwaltungsrat in den diversen von der EnBW kontrollierten Gesellschaften ist neu der Walliser Nationalrat und Fraktionspräsident der Mitte,



KÜHNE WAHL: Deutschlands Aussenministerin Annalena Baerbock hat Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan (Foto) in ihr Team geholt. FOTO: REUTERS

Philipp Matthias Bregy. Er ist der mit Abstand aktivste und erfolgreichste Pöstlisammler im Bundeshaus.

Filz ist ein gutes Tuch, das ab und zu weiterhilft. Nicht erstaunlich also, dass sich Bregy aktiv für bifaziale, alpine Solaranlagen einsetzt. Er erhielt von den Deutschen eine Kurzbleiche.

Im Norden der Gondoschlucht befinden sich Alpien und Alpijering. Und hier will die Alpiq – oder ihre

Tochter EES – die grösste alpine Solaranlage der Schweiz bauen. Noch stellen sich viele dumm, wenn es um die Grössenordnungen geht.

WINTERLOCH: Wenn wir aus der Atomkraft aussteigen wollen, vielleicht auch aussteigen müssen, dann hat die Schweiz ein Winterloch von 25 Milliarden Kilowattstunden Strom. Mit oder ohne Rahmenabkommen müssen wir diesen Strom mit Vorteil

in der Schweiz selber produzieren. Möglichst schnell, sonst stehen uns die Freisinnigen noch mit ihren Atomkraftwerken in der Haustüre.

Wo produzieren? Wer auf dem Dach der Unia-Zentrale in Bern Solarpanels montiert, erntet im Winter pro Kilowatt Leistung bestenfalls 300 Kilowattstunden Strom. Mit Gondo Solar 970 Kilowattstunden. Der für den ökologischen Umbau notwendige Ressourcenverbrauch wird somit auf einen Drittel reduziert.

Die zwei ganz grossen Solarbomben kommen aber aus Deutschland.

Solarbombe 1: Der grüne deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, wird den Deutschen in wenigen Wochen ein grosses Osterei ins Nest legen: Bis 2030 sollen in Deutschland nämlich 200 Gigawatt Solarenergie zugebaut werden. Der Booster ist die Fläche. Die Bauern sollen neu Strom produzieren. Zum Vergleich: 25 Gigawatt Zubau in den Schweizer Alpen würden ausreichen, damit wir uns ab 2032 autonom und klimaneutral selbst versorgen könnten. Auch dann, wenn wir die Atomkraftwerke vom Netz nehmen. Und auch dann, wenn wir voll auf Elektroautos und Wärmepumpen umsteigen. Wann

erwacht Energieministerin Simonetta Sommaruga endlich?

Solarbombe 2: Wer kannte bisher Jennifer Morgan? Seit sechs Jahren ist sie Chefin von Greenpeace International. Jetzt hat sie die grüne deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock zur Staatssekretärin in ihrem Ministerium gemacht. Morgan, bisher immer etwas technologiefeindlich unterwegs, soll weltweit solarfaulen Ländern wie der Schweiz Beine machen. In der technologiefreundlichen Logik der deutschen Grünen. Wir dürfen uns freuen. Umso mehr, als Jennifer Morgan einst in der Schweiz politisiert wurde. Während eines zweimonatigen Austausch Aufenthaltes im Nest Niedererlinsbach im Kanton Solothurn. Und somit ausgerechnet im Bezirk Gösigen. Welche Zeitung wird als erste aus Niedererlinsbach berichten?

LINK ZUM THEMA:

● rebrand.ly/gondo
Vor 22 Jahren zerstörte ein Unwetter Gondo.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Neue Normalität, alte Probleme: Aufruhr in der US-Arbeitswelt

«Wir wollen mehr!»

Nach dem Corona-Lockdown sucht die US-Wirtschaft angestrengt nach Arbeitskräften. Doch sie bietet oft die gleichen miesen Stellen an wie schon vor der Pandemie.

LOTTA SUTER, VERMONT, USA

Die Arbeitenden in den USA sind unzufrieden. In Scharen laufen sie den Firmen davon. Mehr als vier Millionen kündigten jeden Monat seit dem letzten Sommer. Ende Jahr gab es in den USA mehr als zehn Millionen offene Stellen. Die US-Medien sind nun voll von Stories über gut ausgebildete Frauen und Männer, die ihre sichere, aber langweilige Anstellung aufgegeben haben. Und Life-Coach oder Surllehrerin geworden sind. Schön für sie. Aber das ist nicht die typische Pandemiegeschichte. Denn die meisten Kündigungen gab es nicht bei den Gutverdienenden mit Homeoffice, Sondern im prekären Niedriglohnbereich. Bei den Menschen, die während der Pandemie für wenig Geld vor Ort arbeiten und sich dem Virus aussetzen mussten.

Im Dezember 2021 kündigten im Gastgewerbe 6,1 Prozent der gesamten Belegschaft. Im Detailhandel waren es 4,9 Prozent. Im Gesundheitswesen hat seit Beginn der Corona-Krise jede fünfte Person den Beruf aufgegeben. Die von der Covid-

Die Gewerkschaften sind so beliebt wie lange nicht mehr.

krise besonders stark betroffenen Pflegeheime allein verloren 425.000 Mitarbeitende. Traumkarrieren haben die wenigsten dieser Aussteigerinnen und Aussteiger im Blick. Wohl aber suchen sie, oft vergeblich, existenzsichernde Löhne und anständige Arbeitsbedingungen.

HARTE ARBEIT UND SCHULDEN

Die Afroamerikanerin Elizabeth Course ist Zimmerfrau und arbeitet im La-Quinta-Hotel in Hinesville, im US-Staat Georgia. Sie fordert: «Wenn ich schon mein Leben riskieren soll, gebt mir wenigstens mehr Geld!» Und sie sagt in einem Onlinevideo der US-Tageszeitung «Washington Post»: «Ich verdiene weniger als 10 Dollar die Stunde. Damit kann ich meine Familie nicht durchbringen.» Ihre Kollegin Etta Henry denkt fast wehmütig an den Beginn der Pandemie zurück. Als das Hotel geschlossen



IM STREIK: Immer öfter wehren sich die Lohnabhängigen in den USA mit Arbeitskämpfen oder Kündigen. Weil sie von den Löhnen nicht leben können. Etwa im Gastgewerbe, im Detailhandel und im Gesundheitswesen. FOTO: GETTY

war, habe sie zum ersten Mal eine längere Arbeitspause machen können. Und weil die Regierung Biden die Arbeitslosengelder für kurze Zeit mit einer Covid-Zulage von 300 Dollar pro Woche aufstockte, konnte sie auch zum ersten Mal ihre Rechnungen prompt bezahlen. Damit sei es vorbei, sagt Etta. Für sie heisst die vielbeschworene Rückkehr zur Normalität: «Jetzt muss ich trotz harter Arbeit wieder Schulden machen.»

KEIN SICHERER JOB

Die US-Unternehmen versuchen, den gegenwärtigen Arbeitskräftemangel mit minimalen Lohnzugeständnissen und ein paar Bonus-Zückerchen zu überbrücken, ohne wirkliche Zugeständnisse zu machen. Der US-Wirtschaftsjournalist Noam Scheiber schreibt in der «New York Times»: «Die Unternehmer denken, es ergebe ökonomisch mehr Sinn, die aktuellen Engpässe auszusitzen als ihr Geschäftsmodell grundsätzlich zu ändern.»

Ein wichtiger Eckpfeiler der Profitmaximierung ist heute die Arbeit auf Abruf, der Just-in-time-Job. Die Unternehmen können mit dieser einseitig «flexiblen» Teilzeitanstellung Zusatzleistungen wie bezahlte Freitage, Pensionsgelder und die in den USA bei Vollzeitstellen üblichen Krankenkassenbeiträge der Arbeitgeber einsparen. Und so müssen die Chefs die Belegschaft nur dann beschäftigen und bezahlen, wenn sie sie unbedingt brauchen.

So kommt es, dass Millionen von US-Amerikanerinnen und -Amerikanern auch heute noch, bei akutem Arbeits-

kräftemangel, nicht genug Arbeit finden. Brenda Garcia zum Beispiel, die in Queens, New York, in einer Filiale der Schnellimbisskette Chipotle arbeitet, kämpft seit Monaten um mehr Arbeitsstunden. Kürzlich konnte sie bloss eine einzige Schicht pro Woche übernehmen. «Das ist nicht genug», sagte sie im Gespräch mit Journalist Noam Scheiber. «Sie geben mir keinen sicheren Job.» So wie ihr geht es rund einem Viertel aller Lohnabhängigen im Gastgewerbe und im Detailhandel. Sie alle möchten regelmässiger und mehr Stunden arbeiten, als ihnen angeboten werden.

In Denver, im US-Bundestaat Colorado, haben gewerkschaftlich organisierte Mitarbeitende der Lebensmittelkette King Soopers im Januar erfolgreich gestreikt. Ihnen ging es nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um mehr gesicherte Vollzeitstellen. Das ist ein Lichtblick. Ebenso wie die aktuellen Arbeitskämpfe bei bekannten Betrieben wie Amazon, Starbucks oder beim Outdoor-Ausrüstungskonzern REI. Nicht zuletzt dank solchen Arbeitskämpfen sind die Gewerkschaften in den USA so beliebt wie schon lange nicht mehr.

Doch nur noch zehn Prozent aller Arbeitenden sind heute in den USA organisiert. Zwar gehört seit Jahrzehnten rund ein Drittel der Belegschaft im öffentlichen Bereich einer Gewerkschaft an. Doch in der Privatwirtschaft sind es nur noch sechs Prozent. Die US-Gewerkschaften sind kleiner denn je. Ob sich das unter der der neuen gewerkschaftsfreundlichen Regierung ändern wird?

Heil dir, Amerika: Wo der Rassismus immer mehr Schule macht

Rund drei Dutzend republikanisch regierte US-Bundeststaaten haben im letzten Jahr rassistische Gesetze gegen Rassistisimuskritik in der Schule verabschiedet. Die Lehrerinnen und Lehrer dürfen nicht mehr sagen, wie weitverbreitet und systematisch der Rassismus in den USA war und immer noch ist. Sie sollen im Geschichtsunterricht nicht ein wirklichkeitstreu, zuweilen auch negatives Bild der Nation präsentieren. Gesetzlich verordnet wird ein patriotisch verkürztes, heiles Amerika, das «den Kindern kein Unbehagen bereitet». Gemeint sind natürlich nur die weissen Kinder. Denn die kleinen Afroamerikaner, Asiatinnen, Latinos und Latinas wissen auch ohne Nachhilfeunterricht, was Rassismus ist. Sie erleben ihn jeden Tag.



UNHEIMLICH: Die Rechten wännen sich immer mehr im Krieg, wie beim Sturm aufs Capitol am 6. Januar 2021. FOTO: KEYSTONE

Der Kulturkampf wird in den USA nicht zum ersten Mal als Schlacht an der Wandtafel ausgetragen. Und auch diesmal trifft es den Geschichtsunterricht besonders hart.

PROPAGANDA. In den 1990er Jahren sagte der rechtskon-

servative Präsidentschaftskandidat Bob Dole über ihm ungenehme, weil wahrheitsuchende Historiker, sie seien «schlimmer als jeder äussere Feind». Auf der Gegenseite urteilte bereits der 1868 geborene afroamerikanische Historiker und Bürgerrechtsakti-

vist W.E.B. DuBois: In den USA wird Geschichte nicht als Wissenschaft, sondern als Propaganda betrieben. Sie ist bloss dazu da, «das eigene Ego aufzublasen und ein falsches, aber äusserst angenehmes Erfolgsgefühl zu vermitteln».

DENUNZIATION. Der neueste rassistische Propagandafeldzug ist besonders perfid. Nicht nur wird die Geschichtszensur gesetzlich verankert. Mancherorts richten die rechtsextremen Gouverneure überdies spezielle Hotlines ein, auf denen Eltern oder Lehrkräfte rassistischkritische Kolleginnen und Kollegen denunzieren können. Das wirkt ziemlich verzweifelt und ist vielleicht – hoffentlich – ein Rückzugsgefecht der weissen «Herrenrasse». LOTTA SUTER



WEGGESPICKTE AUTOS UND EIN EINGEKLEMMTER BUS: Nur mit einem monströsen Kran schafften es die Rettungskräfte, den eingeklemmten Bus zu bergen. Der Einsturz der Fern-Hollow-Brücke in Pittsburgh ist zum Sinnbild geworden für ein Amerika, das auseinanderbricht. FOTOS: SCREENSHOTS WDKA / ABC

BREAKING NEWS

USA: Trump ist weg. Doch die Krise bleibt.

Bröckelnde Brücken, Katzenjammer und eine Rechte, die durchdreht

Die USA machen nach wie vor Negativschlagzeilen. Dabei versprach der demokratische Präsident Joe Biden die Rückkehr zu einem verlässlicheren Amerika. Doch das ist das letzte, was die Republikaner wollen.

spruch: Als Präsident wolle er die USA wieder aufbauen, und zwar besser als je zuvor. Ist es dafür bereits zu spät?

IM HINTERTREFFEN

An der Pittsburgher Unglücksstelle angelangt, sagte Biden: «Wir sind seit vielen Jahren wahnsinnig im Hintertreffen, was die Infrastruktur anbelangt.» Und er versprach, seine Regierung werde Fern Hollow und alle anderen der insgesamt 224.000 reparaturbedürftigen Brücken der USA instand stellen. Die Strassenbauexperten sind etwas skeptischer. Die im letzten November beschlossene Infrastrukturvorlage sieht 27,5 Milliarden Dollar für die Renovation von Brücken vor. Das ist nur etwa ein Zehntel des insgesamt benötigten Budgets. Und selbst das bereits beschlossene Geld kann zurzeit noch nicht voll eingesetzt werden. Zwar wird die Zahlungsfähigkeit der USA mit kurzfristigen Finanzbeschlüssen immer wieder abgewendet. Der nächste solche Entscheid

Erstmals hätten alle Arbeitenden Anspruch auf vier Wochen bezahlte Freitage...

steht für den 18. Februar an. Doch derartige Notbudgets basieren auf den Zahlen vom letzten Jahr, nicht auf den neu gesetzten Schwerpunkten in der bereits beschlossenen Infrastrukturvorlage.

Der Wiederaufbau der USA verzögert sich also. Und genau das ist das Ziel der republikanischen Minderheit im Parlament. Sie will die «linksradikale» demokratische Regierung behindern, wo es nur geht. Sogar beim herkömmlichen Infrastrukturausbau, der bekanntlich bei Bürgerinnen und Bürgern jeglicher politischen Couleur sehr beliebt ist. Noch entschiedener sabotieren die Rechten die sozialen und

ökologischen Reformversuche der zweiten, «weichen» Infrastrukturvorlage Bidens. Und ihre Rechnung scheint aufzugehen: Rund drei Viertel aller US-Amerikanerinnen und -Amerikaner sagen derzeit, sie seien unzufrieden mit der Lage der Nation. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hadert auch mit Joe Biden.

ES GEHT UM LEBEN

Gründe für den Katzenjammer gibt es mehr als genug. Nicht nur der Unterhalt von Brücken und Strassen ist in den USA wahnsinnig im Hintertreffen. Auch die Stromnetze, die Systeme der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind überaltert. Sie stehen als Folge der jahrzehntelangen neoliberalen Sparpolitik kurz vor dem Zusammenbruch. Dieses Versagen belastet den Alltag der breiten US-Bevölkerung, die auf funktionierende Gemeinschaftseinrichtungen angewiesen ist.

Wichtig: Infrastrukturprobleme treffen nicht alle gleich. Die ganz Reichen können vielen Problemen ganz einfach ausweichen. Milliarden leben zum Beispiel kaum in der Nähe einer der drei Millionen verlassenen Erdöl- und Erdgasquellen der USA, die seit Jahrzehnten Methan ausströmen. Und das bloss, weil die Förderunternehmen es unterlassen haben, die Quellen fachgerecht zu versiegeln. Weil Millionen von weniger Reichen im Umkreis dieser Dreckschleudern leben, sind sie sowohl ein ökologisches wie auch ein soziales Problem. Oder wie Melissa Bakth (43), eine Augenzeugin des Brückeneinsturzes in Pittsburgh, so treffend bemerkte: «Es geht nicht bloss um Geld und Zahlen. Es geht immer auch um unser Leben.»

Die neu erwählte demokratische US-Regierung hatte diese Zusammenhänge verstanden. Nicht zuletzt dank dem Druck ihres erstarkten linken Flügels legte Präsident Biden

zusammen mit der «Strassen und Brücken»-Vorlage ein zweites Investitionspaket mit Schwerpunkt Soziales und Klimaschutz vor: den sogenannten Build-Back-Better-Act. Ursprünglich hätte dieser 3,5 Billionen Dollar kosten sollen, knapp die Hälfte der 7,7 Billionen Dollar, die das US-Militär in einem einzigen Jahr verschlingt. Die Rechte schrie Zeter und Mordio. Die Demokraten schlugen Kürzungen vor. Doch selbst ein abgespecktes 1,75-Billionen-Paket konnte im Senat keine Mehrheit gewinnen. Die Republikaner stellen sich geschlossen gegen den «unamerikanischen Sozialismus». Zwei demokratische Senatsmitglieder schlossen sich an. Nach diesem Nein ist unklar, was mit der Vorlage passieren wird. Fest steht, dass sich die USA nicht so bald in Richtung Sozialismus bewegen werden. Nicht einmal in Richtung Sozialdemokratie.

ENDLICH EIN SOZIALSTAAT?

Ein Ideen für eine gerechtere und grünere Gesellschaft hat es nicht gefehlt. Die «weiche» Infrastrukturvorlage budgetierte unter anderem Geld für dringend benötigte erschwingliche Wohnungen, für den Übergang zu sauberer Energie und den Klimaschutz. Für eine Verbesserung der bereits vorhandenen staatlichen Krankenkasse für die über 65jährigen.

Bei der breiten Bevölkerung am populärsten waren die Vorschläge zum Aufbau eines Sozialstaates, der diesen Namen auch verdient: Freie Tagesstätten und Kindergärten für alle Drei- und Vierjährigen. Alternative Ausbildungsangebote für junge Erwachsene, die sich die teuren Privathochschulen nicht leisten können. Kinderzulagen. Und endlich beiden Kranken- und Familientage! Was in anderen Industrienationen längst eine Selbstverständlichkeit ist, wäre in den USA als neue

Errungenschaft gefeiert worden. Zum ersten Mal in der Geschichte der Nation hätten alle Lohnabhängigen gesetzlichen Anspruch auf vier Wochen bezahlte Freitage gehabt. Heute verlieren Millionen von Arbeitenden ihr Einkommen, sobald sie krank werden, jemandem betreuen müssen oder einfach mal eine Auszeit brauchen (siehe links, «Wir wollen mehr!»). Doch gegen all das laufen die Republikaner Sturm.

Im Pandemiejahr 2021 hatte die Regierung Biden einen Grossteil der Bevölkerung mit Direktzahlungen, mit aufgestocktem Arbeitslosengeld, mit Kinderzulagen und anderen Sofortmassnahmen unterstützt. Für viele Familien bedeuteten diese Zusatzleistungen den Unterschied zwischen prekärer Armut und existenzsicherndem Einkommen. Sie alle hatten natürlich gehofft, dass Bidens soziales Infrastrukturpaket die zeitlich befristeten Pandemiegeelder ablösen würde. Doch daraus wurde nichts. Die Kinderzulagen der Bundesregierung zum Beispiel sind Ende Dezember abgelauten. Die schönen Reformvorschläge stehen auf dem Abstellgleis. Nur Covid ist immer noch da. Und macht die alten Missstände, die soziale Ungleichheit und die politische Polarisierung des Landes, noch schlimmer. Präsident Biden und die Demokraten sind nicht zu beneiden. Ihr Regierungsauftrag ist enorm.

... doch die Republikaner laufen gegen die Sozialreformen Sturm.

Ein Beispiel: Soeben hat die republikanische Parteiführung RNC den Saubannersturm aufs Capitol vom 6. Januar 2021 neu definiert. Die gewalttätige Besetzung des Parlamentsgebäudes durch Rassisten und Schwulerinnen, bei der mehrere Menschen verletzt und getötet worden, ist auf einmal ein «legitimer politischer Diskurs». Und warum? Weil die Rechte sich im Krieg wähnt. Im Endkampf gegen die «bösen anderen». Vorab gegen die «Andersfarbigen», die Schwarzen und People of color (siehe links, «Heil dir, Amerika»). Dann auch gegen Lesben, Schwule und Transgender-Personen. Gegen Migrantinnen und Migranten, Feministinnen, Muslime, Linke und Grüne. Gegen Gewerkschaftsmitglieder. Sozialhilfeempfänger, demokratische Ratskolleginnen, kritische Lehrkräfte. Und so weiter.

Im Weltbild der heutigen Republikaner sind diese anderen nicht mehr Andersdenkende, sondern Untermenschen, die mit allen Mitteln bekämpft und allenfalls eliminiert werden müssen. Wenn möglich mit rassistischen Gesetzen, aber notfalls auch mit Gewalt.

Das sind bekannte faschistoide Töne. Die Brückenbauer auf der anderen Seite tun gut daran, nicht zu spät und zu zögerlich daranzugehen, die reparaturbedürftige Demokratie der USA wieder instand zu stellen.

Ein Beispiel: Soeben hat die republikanische Parteiführung RNC den Saubannersturm aufs Capitol vom 6. Januar 2021 neu definiert. Die gewalttätige Besetzung des Parlamentsgebäudes durch Rassisten und Schwulerinnen, bei der mehrere Menschen verletzt und getötet worden, ist auf einmal ein «legitimer politischer Diskurs». Und warum? Weil die Rechte sich im Krieg wähnt. Im Endkampf gegen die «bösen anderen». Vorab gegen die «Andersfarbigen», die Schwarzen und People of color (siehe links, «Heil dir, Amerika»). Dann auch gegen Lesben, Schwule und Transgender-Personen. Gegen Migrantinnen und Migranten, Feministinnen, Muslime, Linke und Grüne. Gegen Gewerkschaftsmitglieder. Sozialhilfeempfänger, demokratische Ratskolleginnen, kritische Lehrkräfte. Und so weiter.

Im Weltbild der heutigen Republikaner sind diese anderen nicht mehr Andersdenkende, sondern Untermenschen, die mit allen Mitteln bekämpft und allenfalls eliminiert werden müssen. Wenn möglich mit rassistischen Gesetzen, aber notfalls auch mit Gewalt.

... doch die Republikaner laufen gegen die Sozialreformen Sturm.

Ein Beispiel: Soeben hat die republikanische Parteiführung RNC den Saubannersturm aufs Capitol vom 6. Januar 2021 neu definiert. Die gewalttätige Besetzung des Parlamentsgebäudes durch Rassisten und Schwulerinnen, bei der mehrere Menschen verletzt und getötet worden, ist auf einmal ein «legitimer politischer Diskurs». Und warum? Weil die Rechte sich im Krieg wähnt. Im Endkampf gegen die «bösen anderen». Vorab gegen die «Andersfarbigen», die Schwarzen und People of color (siehe links, «Heil dir, Amerika»). Dann auch gegen Lesben, Schwule und Transgender-Personen. Gegen Migrantinnen und Migranten, Feministinnen, Muslime, Linke und Grüne. Gegen Gewerkschaftsmitglieder. Sozialhilfeempfänger, demokratische Ratskolleginnen, kritische Lehrkräfte. Und so weiter.

Im Weltbild der heutigen Republikaner sind diese anderen nicht mehr Andersdenkende, sondern Untermenschen, die mit allen Mitteln bekämpft und allenfalls eliminiert werden müssen. Wenn möglich mit rassistischen Gesetzen, aber notfalls auch mit Gewalt.

Das sind bekannte faschistoide Töne. Die Brückenbauer auf der anderen Seite tun gut daran, nicht zu spät und zu zögerlich daranzugehen, die reparaturbedürftige Demokratie der USA wieder instand zu stellen.



Die neue Bauarbeitenverordnung kommt.

Jetzt
informieren
[suva.ch/
bauav2022](https://suva.ch/bauav2022)

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.
Deswegen wurde die Bauarbeitenverordnung überarbeitet
und noch sicherer gemacht. Informieren Sie sich jetzt
über Änderungen, die für Sie per 1. Januar 2022 verbindlich sind.

Hans-Peter Bärtschi, work-Kolumnist und Pionier der Industriearchäologie:

Der Werkplatz Schweiz war seine Leidenschaft

Wenn es einen wahren Fan der Schweizer Industrie gab, dann hiess er Hans-Peter Bärtschi. Winterthur, aber auch andere Orte sähen anders aus ohne ihn. Schlechter.

RALPH HUG

Gleich beim Bahnhof Winterthur – im Sulzer-Areal – blüht das Leben. In den alten Industriehallen sind neue Geschäfte eingezogen. Kinos und hippe Restaurants buhlen um Publikum. Junge Familien wohnen dort. Und wo einst geschmiedet und gehämmert wurde, rauchen jetzt Köpfe in der Fachhochschule. Das Sulzer-Areal hat den Sprung geschafft: von der industriellen Vergangenheit in die moderne Gegenwart. Doch die Umnutzung dieser riesigen Industriebrache kam nicht von selbst. Es brauchte erst den Sinn und das Verständnis für den historischen Wert dieses Areals. Es brauchte Hans-Peter Bärtschi.

LEHRPFAD

Nicht anders zwischen Greifensee und Tössstal ZH. Dort gibt es einen Industriehelpfad. Im Zürcher Oberland begann die Industrialisierung der Schweiz. Das

Bärtschi rettete viele steinerne und eiserne Zeugen vor dem Abriss.

Herzstück ist das Industriemuseum Neuthal aus dem 19. Jahrhundert. Hier chrapften die Arbeiterinnen und Arbeiter zwölf Stunden am Tag für den reichen Patron Guyer-Zeller. Quer durch die Landschaft schnauft im Sommer die alte Dampfbahn von Hinwil nach Bauma. 35 Franken kostet die Fahrt retour. Wäre dies alles möglich gewesen ohne Hans-Peter Bärtschi?

Eher nicht. Denn zum Glück war der Mann ein Besessener. Alles, was nach Dampfkraft, Schwermetall und Maschinenöl roch, liess Bärtschi zeitweilig nicht los. Der studierte ETH-Architekt war fasziniert von den Wundern des Produktionskapitalismus. Er wollte diese bewahren als Zeugnis einer wichtigen Epoche. Jeder Abbruch eines Gaskessels, jede geschleifte Shedhalle tat ihm persönlich weh.

Bärtschi stemmte sich gegen die grossflächige Demontage des Werkplatzes Schweiz. Daher beschwor er seine Bedeutung und Geschichte, forschte nach, schrieb Gutachten, machte Tausende von Fotos, verfasste Bücher, organisierte Kongresse, gründete Stiftungen, suchte Gleichgesinnte und Verbündete, klärte auf und motivierte. Unermüdlich, ein Leben lang. Auch für work: 2009 schrieb er als Kolumnist eine Serie mit Touren zu bekannten Industriedenkmalern.

ARCHÄOLOGIE

Bärtschi ist der Inbegriff dessen, was heute Industriearchäologie heisst. Eine Wissenschaft, die aufzeigt, wie sich unsere Industrie dank Arbeitskraft, Technologie und Kapital entwickelt und dabei Land und Städte tiefgreifend verändert hat. Bärtschis Einsatz rettete viele steinerne und eiserne Zeugen der industriellen Hochblüte vor dem Abriss. Zum Beispiel die «Nagli» in Winterthur Grütze. Heute noch die einzige Nagelfabrik der Schweiz, original aus dem Jahr 1895 (siehe Reportage Seite 3). Dank der Stiftung Arias-Industriekultur, die Bärtschi gegründet hat, blieb der Betrieb erhalten. Er produziert täglich Nägel mit Köpfen und steht unter Denkmalschutz.

Bärtschis Hauptwerk erschien vor zehn Jahren. Bezeichnender Titel: «Aufgebaut und ausverkauft» (Verlag Hier+Jetzt, Baden). Bärtschi erzählt tausend Geschichten vom Werkplatz Schweiz. Wie er aufstieg und wie ihn



DEN WERKPLATZ FEST IM BLICK: Hans-Peter Bärtschi 2015 in der Nagelfabrik Winterthur mit seinem Hund Poirot. Dank Bärtschis Einsatz blieben diese Industriehallen erhalten. FOTO: HELEN GIRARDIER

ruchlose Investoren, unfähige Manager und Aasgeier aus der Finanzindustrie ausweiden. Das machte Bärtschi, den linken 68er, wütend.

Emotional konnte er dabei aus der eigenen Biographie schöpfen. In jungen Jahren war er Mitglied der surrealen Politsekte der Maoisten (KPS/ML). Bärtschi hiess damals die Armee und selbst Atomkraftwerke gut und machte in Albanien, Bulgarien und China statt in Italien Ferien. Bis er den Irrweg einsah. Wie sich das anfühlte, ist in seinem Buch «Der Osten war rot» nachzulesen. Eine gespenstische Lektüre. Da die ETH keinen roten Professor wollte, musste Bärtschi eigene Wege einschlagen.

«ZUVIELISATION»

Am 3. Februar erschien seine Todesanzeige. Hans-Peter Bärtschi hat sie noch

selbst getextet. Er schrieb darin von der «Zuviel-isation auf dieser Welt» und machte so ein letztes Mal seinem Ärger über die ökologische Zerstörung unserer Welt Luft.

Bärtschi starb mit 71 Jahren an den Spätfolgen eines Velounfalls. Doch sein Werk lebt weiter. Auch seine vielen Bilder, die er auf Reisen in 120 Ländern geschossen hat. Industriekultur gibt es ja nicht nur in der Schweiz, sondern überall auf der Erde. Wer Lust hat, kann die insgesamt 58352 Fotos von Lokomotiven, Bahnhöfen und Strassenbahnen von Zürich Wollishofen bis Kuba im ETH-Bildarchiv online anschauen.

Die umfassende Fotosammlung von Hans-Peter Bärtschi ist abrufbar unter: ba.e-pics.ethz.ch.

Historischer Atlas Die Schweiz neu entdecken

Ein Schweizer Geschichtsatlas kam letztmals vor siebzig Jahren auf den Markt. Und spätestens seit es Landkarten aus aller Welt online gibt, schienen Atlanten definitiv out. Nun aber setzt der Zürcher Gymilehrer und passionierte Kartenzeichner Marco Zanoli neue Massstäbe. Für seinen «Historischen Atlas der Schweiz» hat er das Territorium zwischen Bodensee und Genfersee samt der Nachbarschaft für sämtliche Epochen neu kartographiert. Entstanden ist nicht nur ein schönes, sondern auch ein faszinierendes Buch. Eindrücklich zeigt es die menschengemachten Grenzverschiebungen im Laufe der Zeit. Aber auch den sprachlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandel illustriert Zanoli auf verblüffende Weise. Mit Erfolg: Die Erstauflage ist bereits vergriffen, eine zweite erscheint demnächst.

Historischer Atlas der Schweiz

von Marco Zanoli und François Walter. Verlag Hier+Jetzt, Zürich 2021, 199 Seiten, 120 farbige Karten, CHF 59.–

Atlas der Ausbeutung Kartographie der Sklaverei

Sklaverei ist alles andere als ein Relikt der Vergangenheit. Eindrücklich zeigt das der neue «Atlas der Versklavung» des Genfer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Auf 60 Seiten und mit über 50 Karten und Grafiken zeichnet die Stiftung ein einmalig detailliertes Bild der weltweiten Verbreitung von Zwangsarbeit und Ausbeutung. Die Befunde schockieren: Zwischen 2012 und 2016 lebten 89 Millionen Menschen in moderner Sklaverei. Davon waren 71 Prozent Frauen oder Mädchen, 25 Prozent Kinder. Beim blossen Kartographieren bleibt der Atlas jedoch nicht stehen. Auch die Profiteure nennt er beim Namen – und die erstaunlich vielen Länder, die bei der Problemlösung auf der Bremse stehen.



Den **Atlas der Versklavung** gibt es in Deutsch, Französisch und Englisch. Er kann gratis bestellt oder als PDF heruntergeladen werden. rebrand.ly/sklaverei

workxl der wirtschaft

Hans Baumann



DIE SUPERREICHEN BEDROHEN DIE DEMOKRATIE

Die kürzlich veröffentlichten Zahlen der Steuerverwaltung für 2018 zeigen einen steilen Anstieg der höchsten Vermögen in der Schweiz. Das reichste Prozent der Steuerzahlenden besass Anfang der 1990er Jahre 30 Prozent aller Vermögen, was im internationalen Vergleich schon damals ein Spitzenwert war. Bis 2018 ist dieser Anteil auf fast 45 Prozent gestiegen. Das bedeutet, dass die Wohlhabendsten ihren Anteil am Gesamtvermögen innert knapp dreier Jahrzehnte um 50 Prozent steigern konnten. Auch im Ländervergleich heben die Schweizer Reichen ab. Selbst in den Vereinigten Staaten, die eine ähnlich ungleiche Vermögensverteilung aufweisen, betrug der Anstieg seit 1990 «nur» 35 Prozent.

REKORD-ZUWACHS. Ganz anders sieht es am anderen Ende der Wohlstandsverteilung aus. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besass 2018 nach wie vor nur 1,3 Prozent des Gesamtvermögens, sogar etwas weniger als 1990. In absoluten Zahlen: Gegen drei Millionen Steuerpflichtige verfügten über ein Vermögen von etwa 28 Milliarden Franken. Die 80.000 Reichsten in der Schweiz

versteuerten hingegen rund 970 Milliarden Franken! Auch nach 2018, also während der Coronajahre, ist die Verteilung ungleicher geworden. Gemäss Weltbank konnten die 10 reichsten Männer der Welt ihr Vermögen seit Beginn der Pandemie sogar verdoppeln. Auch in der Schweiz konnten die 300 reichsten Personen ihr Vermögen im Coronajahr 2021 deutlich steigern, nämlich gleich um 115 Milliarden Franken. Das war der höchste jährliche Zuwachs seit Einführung des «Bilanz»-Rankings im Jahr 1989.

MEINUNGSMACHER. Die zunehmende Ungleichheit beim Vermögen ist ein wirtschaftliches und soziales Problem, weil immer mehr Vermögen dort angelegt werden, wo am meisten Rendite winkt, anstatt dort, wo tatsächliche Bedürfnisse vorhanden sind. Aber auch politisch kann diese Ungleichheit grosse Machtverschiebungen bewirken und demokratische Entscheide in Frage stellen. Einen kleinen Vorgeschmack dazu haben wir in der Schweiz anlässlich der Volksabstimmungen vom 28. November 2021 bekommen. Die Propagandamaschinerie für die «Justizinitiative» und gegen das

Die Reichen werden immer reicher

Anteil des reichsten Prozents der Bevölkerung am Gesamtvermögen in der Schweiz, den USA und Frankreich



Covid-19-Gesetz wurde zum grössten Teil von drei Superreichen finanziert, dem Unternehmer Adrian Gasser und den Milliardärinnen Simone Wietlisbach und Rahel Blocher. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind diesmal zwar nicht auf deren Abstimmungskampagnen hereingefallen. Aber wie lange kann das noch gutgehen? Bei knappem Ausgang kann der finanzielle Einsatz einzelner Super-

reicher durchaus entscheidend sein. Es ist deshalb für das Funktionieren unseres demokratischen Systems nötig, die immer mehr auseinanderklaffende Schere bei der Vermögensverteilung wieder zu schliessen. Sonst laufen wir Gefahr, dass reiche Familien und Unternehmen das demokratische System aushebeln.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Doku: «Wilde» Streiks Ein Nazi-Vermächtnis

In der Schweiz sind «wilde» Streiks, also Arbeitsniederlegungen, die ohne Zustimmung einer tariffähigen Gewerkschaft erfolgen, selten. Ob solche Streiks in der Schweiz legal seien, ist unter Rechtsgelehrten umstritten. Klar rechtswidrig ist die Sache dagegen in Deutschland. Erst im Oktober konnte daher der Berliner Lieferdienst Gorillas ungestraft über 200 wild streikende Kurierinnen und Kuriere entlassen. Seither wird heftig debattiert über das arbeiterfeindliche Verbot. Eine brisante Radiosendung rückt nun jenen Mann ins Zentrum, der das restriktive deutsche Arbeitsrecht erfunden hat: Hans Carl Nipperdey, einst nationalsozialistischer Juraprofessor und wichtigster Arbeitsrechtler Hitlers, dann von der CDU geläutert und 1954 zum Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts erkoren – mit fatalen Folgen bis heute.

Den **Unternehmern treu ergeben.** Das paternalistische Arbeitsrecht des Hans Carl Nipperdey, Deutschlandfunk 2021, 43 Minuten: rebrand.ly/nazirichter.

Wer Familienzulagen erhält, wie hoch sie sind und wie lange Sie Anspruch darauf haben

Ein monatlicher Zustupf für die Familie

Kinder- und Ausbildungszulagen stehen allen zu, die Kinder in ihrer elterlichen Obhut haben und für ihren Unterhalt aufkommen müssen. Bezahlt werden sie allerdings nur auf Antrag.

MARTIN JAKOB

Das erste Lächeln – wunderbar! Und wie das Kleine mit seinem Patschhändchen nach dem Teddy greift – süss! Später die ersten Schritte, die ersten Worte, der erste Purzelbaum, der erste Schultag – unvergessliche Momente! Solcher Momente wegen hat man Kinder, liebt man Kinder, zieht sie gross... und lässt sich das auch eine Menge kosten. Das Zürcher Jugendamt hat den Aufwand mal durchgerechnet. Und kommt auf folgende Beträge: Das erste Kind im Haushalt kostet mit zunehmendem Alter (bis zum 18. Lebensjahr) ansteigend zwischen 1300 und 1800 Franken pro Monat, das zweite zwischen 800 und 1400 Franken zusätzlich. Mit jedem weiteren Kind sinken die Kosten pro Kind – aber nur noch wenig. Mit Familienzulagen von 200 bis etwa 400 Franken pro Kind (siehe Tabelle) wird also aus der Elternschaft noch lange kein Geschäft. Aber doch geht es ums «Ha oder nid ha» und darum, dass Sie Ihr Recht auf diese Zulage optimal ausschöpfen.

BIS ZUM ALTER 25
 Ohne Kinder keine Familienzulagen – das ist die erste Voraussetzung. Ob das nun eigene Kinder sind, Stiefkinder, Adoptivkinder, Pflegekinder oder gar Geschwister und Enkelkinder, ist nicht ent-

WORKTIPP

AUSGLEICHKASSE
 Anträge für Familienzulagen laufen üblicherweise über die Firma, bei der Sie angestellt sind. Manche Firmen unterstützen Familien auch mit einem zusätzlichen Kindergeld. Die Zulagen werden in der Regel mit dem Lohn überwiesen. Entscheidungs- und Abrechnungsstelle ist aber immer eine Familienausgleichskasse – mit Fragen können Sie sich auch an diese direkt wenden. Die Adressen der kantonalen Kassen finden Sie hier: rebrand.ly/fakassen

scheidend. Sondern, dass Sie für ihren Unterhalt zur Hauptsache aufkommen. Ist das Kind bis 16 Jahre alt, erhalten Sie die Kinderzulage. Sobald das Kind nach der obligatorischen Schulzeit eine höhere Schule besucht oder eine Berufsausbildung beginnt, entsteht Ihr Anspruch auf eine Ausbildungszulage. Die wird anstelle der Kinderzulage frühestens ab 15 Jah-

Arbeiten beide Eltern, entsteht daraus kein doppelter Anspruch.

ren und spätestens bis zum 25. Geburtstag ausbezahlt. Besucht das Kind eine Lehre oder arbeitet während des Studiums, verdient es bereits eigenes Geld. Dennoch wird die Ausbildungszulage weiterhin bis zum Alter 25 ausbezahlt. Der Anspruch erlischt erst, wenn das Jahreseinkommen eines Jugendlichen oder jungen Erwachsenen höher ausfällt als die maximale volle AHV-Altersrente. Das sind im Moment 28 680 Franken. Zu beachten: Sie müssen jedes Jahr einen neuen Nachweis über den Ausbildungsgang der Kinder vorlegen.

Zulagen sind auch für Kinder möglich, die im Ausland wohnen. Arbeiten Vater, Mutter oder beide Eltern in der Schweiz, während ihre Kinder im Heimatstaat wohnen, haben sie Anrecht auf Familienzulagen, sofern die Schweiz mit dem entsprechenden Staat eine Vereinbarung hat und nicht ein Elternteil im Heimatstaat verbleiben ist, dort einem Erwerb nachgeht und Kindergeld bezieht. Aktuell gilt dies für die Länder der EU, der EFTA sowie Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina.

WER DIE ZULAGE ERHÄLT
 Arbeitet nur die Mutter oder nur der Vater, ist die Sache klar: Der berufstätige Elternteil meldet den Anspruch – meist direkt über die Firma – bei der Ausgleichskasse des Kantons an, in dem die Firma



ZULAGE FÜR ALLE ELTERN: Ob Hetero- oder gleichgeschlechtliche Paare – da macht das Gesetz keinen Unterschied. FOTO: GETTY

Familienzulagen nach Kantonen

	Kinderzulage	Ausbildungszulage
Minimum (Familienzulagengesetz von 2006)	200.–	250.–
Kantone AG, BL, GL, LU*, SO, TI, ZH**	200.–	250.–
GR, OW	220.–	270.–
AI, AR, SG, SZ	230.–	280.–
BE, SH	230.–	290.–
NW, UR	240.–	290.–
FR ab drittem Kind plus 20 Franken/Kind	265.–	325.–
BS	275.–	325.–
ZG Ausbildungszulage ab Alter 18: 350 Franken	300.–	300.–
VS ab drittem Kind plus 100 Franken/Kind	275.–	425.–

* LU: Kinderzulage 210 Franken ab Alter 12 Jahre ** ZH: Kinderzulage 250 Franken ab Alter 12 Jahre

STAND 1.1.2022, QUELLE BSV

ihren Sitz hat. Wer also im Kanton Aargau wohnt, aber im Kanton Bern arbeitet, hat dessen (höhere) Kinderzulage zugute. Arbeiten beide Eltern, entsteht daraus kein doppelter Anspruch. Leben sie beide im gleichen Haushalt und teilen sich die elterliche Sorge, wird es etwas komplizierter: Sind beide bei Firmen im Wohnsitzkanton angestellt, wird die Familienzulage über jenen Partner abgerechnet, der den höheren Lohn bezieht. Arbeitet nur ein Elternteil im Wohnsitzkanton, erhält dieser Teil die Zulagen. Falls der Partner jedoch in einem anderen Kanton arbeitet, der höhere Zulagen vergütet, kann er in diesem Kanton die Differenz zusätzlich geltend machen.

BEI TEILZEIT
 Nur weil Mama oder Papa Teilzeit arbeiten, kostet ein Kind nicht we-

steuerbare Einkommen (zum Beispiel aus Sozialhilfe) tiefer liegt als 43 020 Franken. **BEI ARBEITSLOSIGKEIT**
 Wird jemand arbeitslos und ist für Kinder alleine unterhaltspflichtig, wird zwar keine Familienzulage bezahlt. Hingegen vergütet die Arbeitslosenkasse einen Zuschlag zum Taggeld, dessen Höhe der entfallenden Familienzulage entspricht. Falls jedoch der andere Elternteil berufstätig ist und Lohn

bezieht, muss dieser die ordentlichen Zulagen beantragen – auch wenn die Zahlungen bisher über den inzwischen arbeitslosen Elternteil gelaufen sind. **PS:** Haben Sie bei der Lektüre dieses Beitrags entdeckt, dass Sie es in der Vergangenheit unterlassen haben, Ansprüche auf Familienzulagen geltend zu machen? Sie können die Zulagen bei Vorlage von Dokumenten, die Ihren Anspruch belegen, bis fünf Jahre rückwirkend nachfordern (Anlaufstelle: siehe Worktipp).

SCHEIDUNG AN WEN GEHT DIE ZULAGE?

Eine Scheidung oder Trennung ändert nichts am grundsätzlichen Anspruch auf Familienzulagen. Klar ist: Hat einer der Partner das alleinige Sorgerecht zugesprochen erhalten und bleibt auch nach der Scheidung Voll- oder Teilzeit berufstätig, stehen ihm auch die Familienzulagen zu, er kann sie selber beantragen und erhält sie direkt ausbezahlt. Wurde keinem der beiden Elternteile die alleinige elterliche Sorge zugesprochen, hat jener Teil die Zulagen zugute, bei dem die Kinder überwiegend leben.

KEINE VERRECHNUNG. Kompliziert kann es werden, wenn jener Elternteil, der das Sorgerecht zugesprochen erhalten hat, die Erwerbstätigkeit ganz aufgibt. Dann kann – und soll – der berufstätig bleibende Partner zwar die Zulage beantragen. Er muss sie jedoch dem Partner, in dessen Obhut die Kinder stehen, zusammen mit den vereinbarten Unterhaltszahlungen überweisen. Die Zulage darf nicht mit der Unterhaltszahlung verrechnet werden, sondern ist immer zusätzlich geschuldet. Bezahlt der zahlungspflichtige Partner die Kinderzulagen nicht, kann der andere Elternteil von der zuständigen Ausgleichskasse verlangen, dass die Zulagen künftig direkt vergütet werden.

EINVERNEHMLICH. Haben Eltern bei der Scheidung die «alternerende Obhut» vereinbart, übernehmen also die Obhut zu gleichen Teilen, lassen sich Kinderzulagen zwar nicht splitten – so modern ist das Gesetz noch nicht. Diese Form der Obhut setzt aber sowieso ein gutes gegenseitiges Einvernehmen voraus. Da dürfte auch das gerechte Aufteilen der Familienzulagen kein Problem sein. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

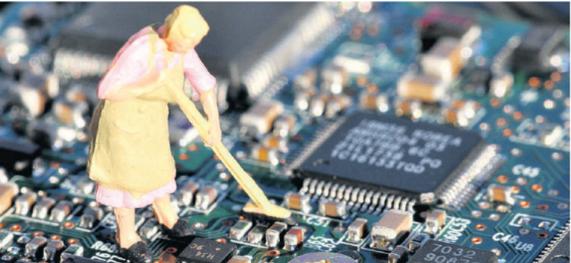
So wird Ihr PC die ärgsten Speicherfresser los

Wenn der Speicher auf dem Computer überquillt, hilft es nur, Dateien zu löschen. So finden Sie die grössten Speicherfresser in Windows:

SCHRITT 1: Öffnen Sie einen Ordner. Klicken Sie links auf «Dieser PC», dann rechts auf «Windows (C:)» (Ihr Benutzername), jeweils per Doppelklick. Oben rechts steht in einer Suchzeile neben Ihrem Benutzernamen «durchsuchen». Schreiben Sie darin «Grösse:» mit samt Doppelpunkt und klicken auf Enter. Nun erscheinen oben im Fenster neue Suchoptionen. Klicken Sie dort auf «Grösse» und wählen «Riesig». Jetzt sucht der PC alle Dateien über 4 Gigabyte (GB) Grösse. Nach einer Weile werden sie aufgelistet, und Sie können die nicht mehr benötigten Dateien löschen. Wiederholen Sie die Suche mit der Grösse «Sehr gross» für weitere grosse Dateien zwischen 1 und 4 GB. Löschen Sie nur Dateien, die Sie kennen.

SCHRITT 2: Windows sammelt viel unnützen Datenballast an. Um ihn zu löschen, öffnen Sie das Startmenu und schreiben «Datenträgerbereinigung». Im Startmenu erscheint die gleichnamige App, die Sie öffnen. Wählen Sie im neuen Fenster «Windows (C:)». Nun listet Windows zahlreiche Dateien auf, die Sie löschen können.

SCHRITT 3: Löschen Sie speicherintensive Programme, die Sie nicht benötigen. Dazu öffnen Sie die Einstellungen (Zahnradsymbol im Startmenu) und wählen «Apps und Features». In der Liste aller installierten Programme wählen Sie bei «Sortieren nach» «Grösse» aus. Zum Löschen klicken Sie auf das Programm und dann auf «Deinstallieren». MARC MAIR-NOACK



BESENREIN: Wenn der Speicher Ihres Rechners überquillt, kommt Ausmisten günstiger als der Kauf einer grösseren Festplatte. FOTO: ADOBE STOCK

Taggelder: Wird mir wegen der Weltreise der Höchstanspruch gekürzt?

Da ich über einige Ersparnisse verfüge und Lust auf eine Reise hatte, habe ich (57 Jahre alt) meinen Arbeitsplatz gekündigt und bin 7 Monate lang auf Weltreise gegangen.



ARBEITSLOS: Nach der Weltreise weniger lang Taggeld. FOTO: ISTOCK

Ich dachte, dass ich nach meiner Rückkehr aus dem Ausland schnell wieder eine neue Arbeitsstelle finden würde. Leider war dies aufgrund der Corona-Pandemie nicht der Fall, und ich musste mich auf dem RAV anmelden. Mit Schrecken habe ich nun festgestellt, dass ich nur Anspruch auf maximal 260 Taggelder habe und nicht wie gehofft auf 520 Taggelder, dabei habe ich vor meiner Weltreise ununterbrochen während 15 Jahren gearbeitet. Ist das wirklich so?

MARKUS WIDMER: Leider ja. Für die Arbeitslosenversicherung sind nur die letzten zwei Jahre vor Anmeldedatum beim RAV entscheidend. Sie waren 7 Monate auf Weltreise und haben somit in den letzten zwei Jahren «nur» während 17 Monaten gearbeitet. Könnten Sie eine Beitragszeit von mindestens 18 Monaten nachweisen, würde der Höchstanspruch 400 Taggelder betragen. Bei einer Beitragszeit von 22 Monaten hätten Sie den Höchstanspruch in Ihrer Alterskategorie erreicht, nämlich 520 Taggelder.



AUTSCH: Zahnreparaturen sind selten angenehm und können ganz schön ins Geld gehen. Dann berechtigen sie womöglich zum Steuerabzug. FOTO: SHUTTERSTOCK

Steuererklärung: Selbstbezahlte Gesundheitskosten sind teilweise abzugsfähig Auch eine Art von Schmerzensgeld

Krank sein ist teuer. Übersteigen Ihre Gesundheitskosten eine gewisse Höhe, können Sie sie immerhin von der Steuer absetzen.

MARTIN JAKOB

Jedes Jahr der gleiche Ärger: Die Prämien der Krankenkasse lassen sich zwar von der Steuer abziehen, aber nur mit einer Pauschale, die in den meisten Kantonen weit unter den effektiven Prämienkosten liegt. Das soll in naher Zukunft ein bisschen besser werden (siehe Text «Zukunftsmusik» rechts). Doch zu den Kassenprämien kommen bekanntlich die Selbsthalte und weitere Auslagen für die Gesundheit hinzu. Immerhin: Übersteigen diese Beträge eine gewisse Höhe, sind sie teilweise abzugsfähig.

Bei der direkten Bundessteuer und in den meisten Kantonen gilt: alle selbstbezahlten Gesundheitskosten über 5 Prozent des Reineinkommens sind abzugsfähig. Das Reineinkommen ist das Ergebnis aus dem Nettolohn gemäss Lohnausweis abzüglich Berufsauslagen, Versicherungsprämien, Spenden und Einzahlungen in die Säule 3a. Einige Kantone setzen die Hürde tiefer als 5 Prozent: In den Kantonen St.Gallen und Wallis liegt die Schwelle bei 2 Prozent, im Kanton Glarus bei 3 Prozent.

DAS IST ABZUGSFÄHIG. Als selbstgetragene Gesundheitskosten dürfen Sie folgende Auslagen geltend machen: ● Selbsthalte für Arzt- und Medikamentenkosten, die Ihr

nen die Krankenkasse in Rechnung gestellt hat; ● Kosten für Therapien, Kuren und Ähnliches, die zwar ärztlich verordnet, aber von keiner Versicherung bezahlt wurden; ● alternativmedizinische Behandlungen, wenn sie durch eine anerkannte Naturheilperson verordnet wurden; ● Hilfsmittel wie Brillen, Kontaktlinsen und Hörgeräte; ● Zahnbehandlungen sowie Dentalhygiene; ● Pflegekosten von Spitex, Alters- und Pflegeheimen; ● Kosten für Diäten oder Spezialnahrung, wenn diese ärztlich verordnet sind. Beim Bund und in gewissen Kantonen ist in solchen Fällen ein Abzug von 2500 Franken pauschal möglich. Keine Abzüge gibt es für alles, was die Steuervögte als

Luxus einstufen – etwa für Kosten von Schönheitskliniken, Wellnessaufenthalten, Selbstfahrungsseminaren. Auch die freiwillige Prävention – etwa in Form eines Fitness-Abos – ist ausgeschlossen. **BEDINGUNGEN.** Ohne Belege kein Abzug! Sammeln Sie das Jahr über fleissig Belege, verlangen Sie von Ihrer Krankenkasse einen Steuerabzug (viele Kassen bieten diesen Service inzwischen automatisch), und legen Sie, etwa bei Rechnungen für selbstbezahlte Therapien, die ärztliche Verordnung bei. **BEISPIEL.** Familie Keller verfügt über ein Reineinkommen von 60 000 Franken. Sie stellt ihre Gesundheitskosten für 2021 zusammen: Selbsthalte der

Krankenkasse 600 Franken, zwei neue Brillen für die Kinder 1200 Franken, Zahnbehandlung Herr Keller 6000 Franken, Zahnbehandlung Frau Keller 700 Franken, Zahnbehandlung Kinder 500 Franken. Total also 9000 Franken. Abzugsfähig ist der Betrag, der 5 Prozent des Reineinkommens überschreitet. Bei Familie Keller entsprechen 5 Prozent 3000 Franken. Sie kann also netto 6000 Franken als Gesundheitskosten geltend machen. Je nach Kanton resultiert daraus eine Steuerersparnis von 10 bis 20 Prozent der geltend gemachten Kosten.

PRÄMIENABZUG ZUKUNFTSMUSIK
 Die Prämien für die Krankenpflegeversicherung klettern stetig und übersteigen die Steuerabzüge für Versicherungsprämien bei weitem. Auf Bundesebene zeichnet sich nun eine Erhöhung der Steuerabzüge ab: gemäss Vorschlag des Bundesrats von 3500 auf 6000 Franken für Paare, von 1700 auf 3000 Franken für Singles und von 700 auf 1200 Franken für Kinder. Wird die Erhöhung angenommen, werden die Kantone, die tiefere Ansätze anwenden, Anpassungen vornehmen müssen.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Zugang zur Lehre als Sans-papiers

Ich, 19jährig, bin vor acht Jahren mit meinen Eltern in die Schweiz gekommen und möchte eine Lehre machen. Ich habe keinen regulären Aufenthaltsstatus. Darf ich eine Lehre beginnen, und worauf muss ich achten?

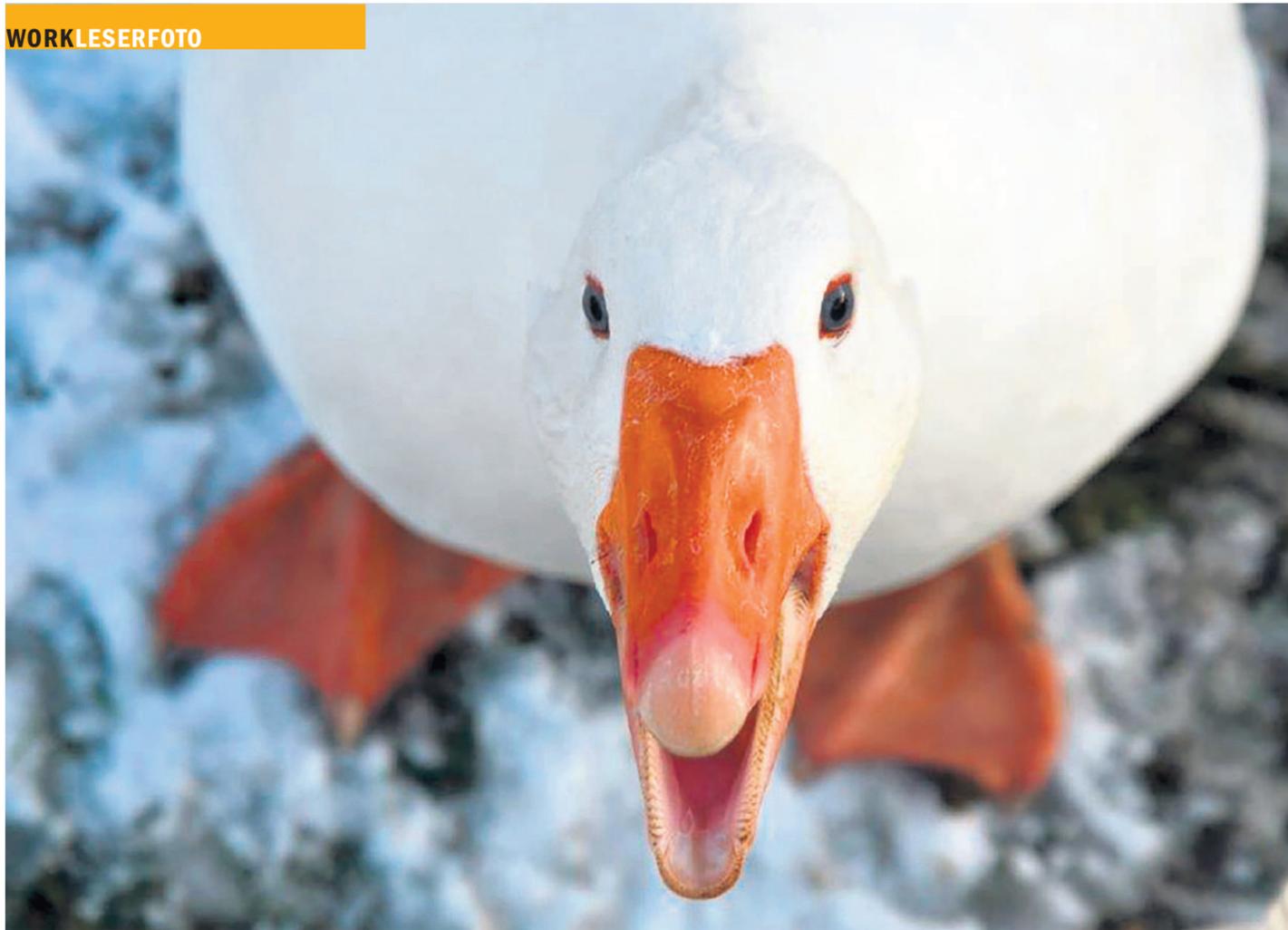


Julius Kopp, Jugendsekretär.

abgelehnt, besteht die Möglichkeit, dass du und deine Familie aus der Schweiz ausgewiesen werden. Offen ist zudem, ob die Bewilligung nach Abschluss der Ausbildung verlängert wird. Meistens ist dies aber der Fall. Wir empfehlen dir, Kontakt mit einer Anlaufstelle für Sans-papiers in deiner Region aufzunehmen. In jedem Fall kannst du dich bei Fragen auch an die Unia in deiner Region wenden. Infos und eine Liste der Beratungsstellen findest du hier: unia.ch/sans-papiers.

Über Sans-papiers hat work in der Ausgabe vom 4. Februar berichtet: rebrand.ly/sanspapers. **Hast auch du eine Frage an den Unia-Jugendsekretär?** Schreib an lehre@unia.ch

WORKLESERFOTO



Genossin Gans

WANN 28. Januar 2022
WO Am Bodensee TG
WAS Neugierige Gans auf dem Winterspaziergang
Eingesandt von Urs Oskar Keller,
Landschlacht am Bodensee TG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

workquiz



Wie gut sind Sie?

- Arbeitszeitverkürzung I:**
Wie lange wurde 1820 in den Schweizer Baumwollspinnereien pro Tag gearbeitet?
 a) 10 bis 11 Stunden?
 b) 11 bis 12 Stunden?
 c) 14 bis 15 Stunden?
 d) 16 bis 17 Stunden?
- Arbeitszeitverkürzung II:**
Wann kam die 48-Stunden-Woche als Normalarbeitswoche per Gesetz?
 a) 1915?
 b) 1919?
 c) 1920?
 d) 1930?
- Arbeitszeitverkürzung III:**
Welche Berufsleute erkämpften als erste die 40-Stunden-Woche?
 a) Bäcker-Konditoren?
 b) Sekretärinnen?
 c) Metallarbeiter?
 d) Typographen?
- Arbeitszeitverkürzung IV:**
Wie viel wird in der deutschen Druck-, Metall- und Elektroindustrie pro Woche gearbeitet?
 a) 39 Stunden?
 b) 36 Stunden?
 c) 35 Stunden?
 d) 34 Stunden



Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1c; 2b; 3d; 4c

WORKPOST

Sänger und Poet Endo Anaconda ist tot

Adieu, Du stürmisches Schlachtschiff!

«In meinem Alter sinkt die Lebenserwartung jeden Tag.» Solche entwarnenden Sätze sagte der mächtige Andreas Flückiger alias Endo Anaconda gerne. Jetzt ist der stillste Fluss, der auch work-Kolumnist war, verstummt. Für immer.

Endo Anaconda hat sich im Alter seinen Namen verdient. Er war ein stürmisches Schlachtschiff, ein Mann, der nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten sprach. Er war ein Mann, der die Welt um sich herum mit seiner Energie und seinem Humor belebte. Er war ein Mann, der die Welt um sich herum mit seiner Energie und seinem Humor belebte.



«Endo, der Wortzauberer»

Der schönste Nachruf stammt von Marie-Josée Kuhn und Clemens Studer. «Endo, der Bezirzer und der Wortzauberer. Endo, Du Diva! Endo, Du Elfe! Endo, Du Bär!»

EINE NEUZEITUNG FÜR BASEL, VIA FACEBOOK

Genau so war er

Dieser schöne Text sagt vieles aus, was Endo Anaconda ausgemacht hat. Ruhe in Frieden.

BARBARA LUDER, VIA WORKZEITUNG.CH

Mach s guet!

Mach s guet, Du Wortakrobat.

CHRIGU AESCHBACHER, VIA FACEBOOK

WORK 2 / 4.2.2022: SIE DREHEN WIEDER AM RADIOAKTIVEN RAD

Auf Kosten der Jungen

Die bürgerliche Rechte ist offenbar nicht lernfähig und immer wieder bereit, das Volk mit Atomenergie zu verarschen! Die Folgekosten und Auswirkungen zahlen die nächsten Generationen!

THOMAS SCHIEWECK, VIA FACEBOOK

Bitte wieder kämpferisch!

Liebe work-Redaktion, wieso konzentrieren Sie sich nicht auf jene Themen, für die eine Gewerkschaft eigentlich da ist? Es gibt immer noch eine Klassengesellschaft, Working Poor und unverschämte Löhne unter 4000 Franken. Mit freundlichen Grüßen, und bitte in der nächsten Ausgabe wieder mehr Kampf für diejenigen am Ende der Nahrungskette.

RETO CORRADO, VIA FACEBOOK

vor 77 Jahren im KZ Auschwitz umgekommen ist, Wir gedenken auch der übrigen rund 200 Schweizer, die in der Shoa ihr Leben verloren.»

Henrika wurde am 17. Februar 1899 in Zboro (damals Ungarn) in eine jüdische Familie hineingeboren, die im August 1901 nach Zürich umsiedelte. Henrika blieb vorerst bei den Grosseltern in Zboro. 1909 kam sie nach Zürich, wo sie die Primar- und Sekundarschule besuchte. Die Familie wohnte an der Langstrasse 6. 1918 erhielt die Familie von Henrika die Schweizer Staatsbürgerschaft.

1922 heiratete Henrika Bernhard D. Sigmann, der aus Galizien stammte, wodurch sie ihr



Schweizer Bürgerrecht verlor. Das Ehepaar liess sich in Amsterdam nieder. Am 10. Mai 1940 besetzte die deutsche Wehrmacht die Niederlande. Am 18. Januar 1943 wurden sie, ihr Mann und ihre beiden ältesten Söhne nach Auschwitz deportiert und dort umgebracht.

Hat sich seither in der Schweiz etwas verändert? Frauen, die einen Ausländer heirateten, verloren seit 1952 nicht mehr die Schweizer Staatsbürgerschaft. Doch leider wurden auch nach dem Zweiten Weltkrieg kriegsführende, folternde und menschenrechtsverletzende Regime mit Kriegsmaterial beliefert. Etwa während des Korea-, des Indochina- und des Vietnamkrieges. Und während der Massaker auf dem Balkan, im Nahen Osten, in Mittel- und Südamerika, in Afghanistan und in Afrika. Schweizer Geldhäuser investierten weiter Milliarden in ausländische Rüstungskonzerne. Und sie investieren sogar heute noch in Unternehmen, die Atombomben herstellen.

HEINRICH FREI, PER MAIL

WORK 2 / 4.2.2022: ADIEU, DU STÜRMISCHES SCHLACHTSCHIFF!

Traurig

Sehr stimmiger Nachruf. Es ist traurig, Endo nicht mehr zu sehen, live zu hören und zu erleben.

CLAUDINE TRABER, VIA FACEBOOK

Wunderbar geschrieben

Ruhe in Frieden, Endo! Wunderbar geschrieben, dieser Nachruf. Genau so war er, unser Endo, und genau so werden wir ihn in Erinnerung behalten. Ganz herzlichen Dank an Marie-Josée Kuhn und Clemens Studer!

RAHEL HASENFRAZ, VIA FACEBOOK

WORK 2 / 4.2.2022: BESTEUERT UNS!

Vergesellschaften

Reiche besteuern, okay, aber was ist mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel?

VALENTINO WUNDERLICH, VIA FACEBOOK

WORK 2 / 4.2.2022: WIE GRUOSIG DARF EIN CORONA-LABOR SEIN?

Pfui!

Wäh, pfui! Unser Betrieb lässt sich durch Misanto testen. Ich habe gleich die Geschäftsleitung informiert.

SANDRA SCHMIED, VIA FACEBOOK

WORK 2 / 4.2.2022: WORTE AN DIE NACHWELT

Eine Zürcherin in Auschwitz

Am 27. Januar kam ich um sechs Uhr abends aus dem Haus Langstrasse 6 im Zürcher Kreis 4. Vor dem Hauseingang auf dem Trottoir stolperte ich fast über einen Blumentopf. Neben dem Topf stand ein Schild, auf dem zu lesen war: «Heute, 27.1.2022, ist der Holocaust-Gedenktag. Wir gedenken der hier wohnhaften Jüdin Henrika Sigmann, die



hier wohnhaften Jüdin Henrika Sigmann, die

Die Kunst des Bierbrauens beherrscht **Simon Schulz**. Die Kunst des Verhandeln auch.

«Der Reiz liegt in der Perfektion»

Da ist weder Hopfen noch Malz verloren: Der Bierbrauer Simon Schulz setzt sich bei Heineken und in der Branche für bessere Rahmenbedingungen ein. Mit Erfolg.

SARAH FÖRRER | FOTO NICOLA PITARO

Simon Schulz ist über 1.80 Meter gross, trägt einen schwarzen Kapuzenpullover, einen Dreitagebart und eine dicke schwarze Brille auf der Nase. Damit und kombiniert mit seiner direkten Art und dem herzhaften Lachen passt er gut in das Bild des coolen Braumeisters der Mikrobrauerei um die Ecke. Doch Schulzes Ziel beim Brauen sind nicht neue Geschmacksexperimente oder hippe Craftbiere. Im Gegenteil.

Jeden Tag den exakt genau gleichen Geschmack hinbekommen. Da liegt sein Fokus. Das hat auch, aber nicht nur, mit seinem Arbeitgeber zu tun. Der 44jährige arbeitet in Chur für die Brauerei Calanda. Eine Tochterfirma von Heineken. Die verschiedenen Biersorten des internationalen Konzerns sollen überall auf der Welt gleich schmecken. Egal ob in Chur, in Hongkong oder in Texas. Zu jeder Zeit, an jedem Ort. «Immer diese Qualität zu halten. Das ist eine grosse Kunst», sagt Schulz.

PERFEKTIONISTISCH. Bier ist ein anspruchsvolles Getränk. Eine kleine Diva, die gehegt und gepflegt werden will. Vier bis sechs Wochen dauert der Brauprozess. In dieser Zeit können unzählige Fehler passieren. Sei es beim Kauf von Malz, Hopfen, Hefe. Beim Einsatz des Wassers – zu hart, zu weich. Sei es bei der Gärung. Bei der Lagerung oder beim Abfüllen in die Fässer, Flaschen und Dosen. Die kleinste Abweichung beeinflusst den Geschmack. Der kleinste Dreck verunreinigt den Gerstensaft. Das richtige Timing entscheidet über die Qualität. Sauberes und exaktes Arbeiten ist gefragt. Und zwar 24 Stunden. Sieben Tage die Woche.

Bei Calanda sind alle Brauschritte bis ins kleinste Detail geregelt. Jeder Klick am Computer, jedes geöffnete Ventil, jeder Tropfen Wasser wird genau protokolliert. Nichts wird dem Zufall überlassen. Was auf den ersten Blick wie Überwachung klingt, ist für Schulz eine Absicherung der eigenen Arbeit. Und eine Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen. «Wir zeigen hier nicht mit dem Finger aufeinander und sagen: Das hast du falsch gemacht!». Die Kultur ist offen. Im Team mit zwölf weiteren Braumeistern – alles Männern – geht es vor allem darum weiterzukommen, die Prozesse zu optimieren. Schulz: «In der Perfektion liegt für mich der Reiz des Bierbrauens.»

SCHULMÜDE. Zum Bierbrauen selbst ist Simon Schulz durch Zufall gekommen. Aufgewachsen bei Köln, stammt er aus

einer klassischen Akademikerfamilie. Seine Eltern waren beide Archäologen mit Dokortitel. Doch diesen Weg wollte der 44jährige nicht einschlagen. «Schule war nicht so mein Ding.» Weil der Vater eines Freundes in einer grossen Brauerei arbeitete, fing er dort nach dem Wehrdienst die Lehre an. Ein Glücksfall: «Ich möchte bis heute nichts anderes machen. Es ist ein toller Beruf!»

Nachdem er fünfzehn Jahre lang in zwei Betrieben hauptsächlich das typische Kölsch hergestellt hatte, bewarb er sich kurzentschlossen bei Heineken. «Jetzt oder nie! dachte ich. Das war wohl eine vorgezogene Midlifecrisis.» Er bekam den Job. Und fing 2013 im beschaulichen Chur an. Ein kleiner Kulturschock. «Die Schweiz ist das perfektere Deutschland», sagt Schulz lachend. Hierzulande sei alles noch sauberer, noch pünktlicher, bünzlicher und freundlicher als in seinem Heimatland. «In Chur kannst du nachts die Brieftasche verlieren, und am nächsten Tag liegt sie im Briefkasten.»

KÄMPFERISCH. Selbst die Streiks sind hierzulande netter, findet Simon Schulz. In Deutschland sei der Ton härter, weniger auf Kompromisse aus. Er weiss, wovon er spricht. Bereits als Jugendlicher trat er der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) bei. Und wurde rasch aktiv: Als 2008 der Tarifvertrag, ähnlich wie in der Schweiz der Gesamtarbeitsvertrag, gekündigt werden sollte, war Schulz an vorderster Front mit dabei. Er und seine Kollegen organisierten Warnstreiks. Auch bei seinem Arbeitgeber legten

sie die Arbeit nieder. Nach einigen Wochen und unzähligen Verhandlungen konnten sie schliesslich den Tarifvertrag retten. «Diesen Kampf und diesen Druck brauche ich nicht jeden Tag. Aber ich würde es jederzeit wieder machen, wenn es der Sache dient!» gibt sich Schulz kämpferisch.

Auch in der Schweiz liegen ihm die Arbeitsrechte am Herzen. Kaum in Chur angekommen, ist er der Unia beigetreten. «Ehrensache!» Er präsidiert zudem die

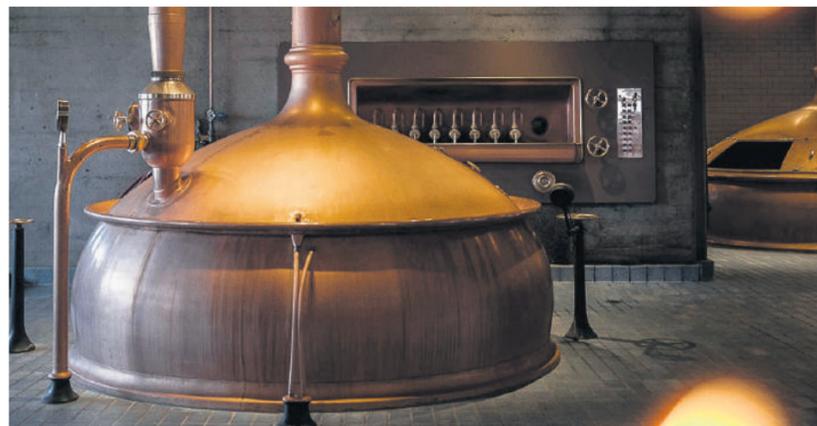
Branchengruppe der Brauereien und sitzt in der Personalkommission bei Heineken. Die Zusammenarbeit im Betrieb klappt gut. Sehr gut sogar. «Wir begegnen uns auf Augenhöhe. Unsere Anliegen werden ernst genommen», sagt er. Wie so oft, hängt das Klima von den Köpfen ab. Jener von Simon Schulz bleibt bis auf weiteres in Chur. Im nächsten Jahr will er den Schweizer Pass beantragen. Dann kann er auch bei Abstimmungen ein Wörtchen mitreden.



SIMON SCHULZ **WELTEN-** **BUMMLER**

Mitten in den Bergen leben und nicht Ski fahren? Geht nicht! Und so schnallte sich Simon Schulz kurz nach dem Umzug nach Chur erstmals die Bretter unter die Füsse. Gemeinsam mit seiner Frau kurvte er – anfangs wackelig und langsam – die blauen Pisten runter. Heute dürfen sie auch schwarz und schnell sein. «Schnee ist mein Element geworden», sagt er lachend.

AUSTRALIEN. So offen wie gegenüber dem Skifahren, so offen ist Simon Schulz gegenüber anderen Ländern und Kulturen. «Die ganze Welt interessiert mich!» Er ist in Grossstädte wie Hongkong oder Istanbul eingetaucht. Er ist durch Ghana gereist und hat bei den Menschen vor Ort gewohnt. Er war in Indien, in Thailand und den USA. Nach der Pandemie zieht es ihn nach Australien. Da war er noch nie. Da möchte er hin. «Das steht zuoberst auf meiner Bucket List!» Simon Schulz arbeitet 100 Prozent und verdient 5400 Franken brutto. Mit Zulagen sind es rund 6000 Franken. Er ist Unia-Mitglied.



IN CHUR WIE IN HONGKONG: Calanda gehört zu Heineken – und das Bier, das Schulz hier braut, muss genauso schmecken wie überall sonst auf der Welt. FOTOS: CALANDA

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch
Redaktion Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Ditigalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Sarah Förrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Lotta Suter, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch
Anzeigenmarketing Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–
Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.